



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Wortprotokoll der 28. Sitzung

Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“

Berlin, den 25. September 2024, 16:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus, 4.800

Vorsitz: Ariane Fäscher, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Beschlussfassung über die Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs am 9. Oktober 2024

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 8**

Bericht des BMFSFJ zum Stand der Bundesengagementstrategie

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 11**

Fachgespräch zum Thema "Kommunalpolitisches Engagement und Schöffendienst"

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 34**

Verschiedenes



Anwesenheitsliste	Seite 3
Anwesenheitsliste Sachverständige	Seite 4
Sprechregister Abgeordnete	Seite 5
Sprechregister Sachverständige	Seite 6
Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen als Anlagenkonvolut	Seite 35



Mitglieder des Ausschusses

Fraktion	Ordentliche Mitglieder	Anwesenheit	Stellvertretende Mitglieder	Anwesenheit
SPD	Fäscher, Ariane	ja	Baldy, Daniel	nein
	Heselhaus, Nadine	nein	Kreiser, Dunja	nein
	Lindh, Helge	ja	Malottki, Erik von	nein
	Ruf, Nadine	ja	Schierenbeck, Peggy	nein
CDU/CSU	Edelhäuser, Ralph	ja	Breilmann, Michael	nein
	Janssen, Anne	ja	Janssen, Anne	nein
	Nicolaisen, Petra	ja	Lehrieder, Paul	nein
	Steiniger, Johannes	nein	Pahlmann, Ingrid	ja
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Fester, Emilia	ja	Eckert, Leon	nein
	Steffen, Dr. Till	ja	Schulz-Asche, Kordula	nein
FDP	Bauer, Nicole	nein	Seestern-Pauly, Matthias	nein
	Gassner-Herz, Martin	ja	Tippelt, Nico	nein
AfD	Ehrhorn, Thomas	ja	Harder-Kühnel, Mariana Iris	nein
Gruppe Die Linke	Akbulut, Gökay	ja	Latendorf, Ina	nein

* Die unterschriebenen Anwesenheitslisten sowie die Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Video-/Telefonkonferenz werden dem Originalprotokoll beigelegt und sind während der laufenden und der darauffolgenden Wahlperiode im Sekretariat des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Anwesenheitsliste der sachverständigen Gäste

	Anwesenheit
Dr. Ulrike Gatzemeier Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung	ja
Ralf Göbel Bundesministerium des Innern und für Heimat	ja
Prof. Dr. Zohal Hessami Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft	ja
Andreas Höhne Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	ja
Marcus Kober Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger (Starke Stelle)	ja
Dr. Christoph Steegmans Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	ja



Sprechregister Abgeordnete0

	Seite
Abg. Ralph Edelhäuser (CDU/CSU)	19
Abg. Ariane Fäscher (SPD)	25
Abg. Emilia Johanna Fester (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27
Abg. Martin Gassner-Herz (FDP)	26
Abg. Petra Nicolaisen (CDU/CSU)	32
Abg. Ingrid Pahlmann (CDU/CSU)	7, 26
Abg. Nadine Ruf (SPD)	20
Abg. Dr. Till Steffen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20



Sprechregister sachverständige Gäste

	Seite
Dr. Ulrike Gatzemeier Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung	13, 23, 29, 31
Ralf Göbel Bundesministerium des Innern und für Heimat	12, 21, 28, 32
Prof. Dr. Zohal Hessami Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft	16, 24, 27
Andreas Höhne Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter	18, 25, 27
Marcus Kober Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger Starke Stelle	13, 31
Dr. Christoph Steegmans Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	8, 10, 11



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **stellv. Vorsitzende**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige, sehr geehrte Zuhörer*innen auf den Rängen. Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 28. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“.

Wir haben heute personell ein paar Veränderungen. Durch den Fraktionswechsel von Melis Sekmen steht der Unionsfraktion bis auf Weiteres ein vierter ordentlicher Sitz in unseren Reihen zu. Deswegen ist Anne Janssen wieder bei uns und jetzt dauerhaft ordentliches Mitglied, darüber freuen wir uns. Herzlich willkommen.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben heute für die Sitzung als ordentliches Mitglied Dr. Till Steffen benannt. Dafür ist Denise Loop heute nicht da.

Die AfD-Fraktion hat Thomas Ehrhorn benannt, Martin Reichardt dafür heute nicht mit dabei. Herr Ehrhorn ist digital da, höre ich gerade.

Jetzt haben wir noch ein unbekanntes Gesicht, also unbekannt nicht, aber hier ungewöhnlich.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU): Stellvertretung Ingrid Pahlmann.

Die **stellv. Vorsitzende**: Frau Pahlmann, herzlich willkommen auch bei uns.

Ab der nächsten Sitzung machen wir das dann aber wieder wie sonst geregelt.

Seit der letzten Sitzung hatten Herr Steiniger und Herr Reichardt Geburtstag. Wir gratulieren sehr herzlich.

Ein paar Hinweise zum technischen Ablauf wie immer. Die Aufzeichnung der Sitzung zur Erstellung des Protokolls sowie zur Veröffentlichung des Protokolls im Internet wird erfolgen. Daher ist es ganz wichtig, die Anhörsen auch, dass Sie immer das Mikrofon benutzen, weil sonst nicht aufgezeichnet ist, dann findet das Statement nicht statt, das nicht aufgezeichnet ist.

An die Gäste auf der Empore die Bitte, es ist nicht erlaubt, zu fotografieren oder sonstige Bild- und Tonaufzeichnungen zu machen.

Die Sitzung wird aufgezeichnet und zeitversetzt am 26. September, also morgen, ab 13.30 Uhr im Parlamentsfernsehen übertragen und sie ist anschließend in der Mediathek abrufbar.

Die Tagesordnung ist Ihnen fristgemäß zugegangen und liegt Ihnen vor. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind. Ich sehe keinen Widerspruch. Dann gilt die Tagesordnung als bestätigt.

Tagesordnungspunkt 1

Beschlussfassung über die Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs am 9. Oktober 2024

Die **stellv. Vorsitzende**: Dann rufe ich auf TOP 1, Beschlussfassung über die Durchführung eines öffentlichen Fachgesprächs am 9. Oktober 2024.

Im Umlaufverfahren über die Sommerpause hatten wir uns darauf verständigt, am 9. Oktober 2024 ein öffentliches Fachgespräch durchzuführen. Das genaue Thema wollen wir in der Obleuterunde festlegen. Gibt es grundsätzlich zu diesem Verfahren Einwendungen? Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.



Tagesordnungspunkt 2

Bericht des BMFSFJ zum Stand der Bundesengagementstrategie

Die **stellv. Vorsitzende**: Anschließend rufe ich auf TOP 2, den Bericht des BMFSFJ zum Stand der Bundesengagementstrategie. Dazu begrüße ich Herrn Dr. Christoph Steegmans, ein regelmäßiger und gern gesehener Gast in unserer Runde. Er ist der Vollständigkeit halber Unterabteilungsleiter der Abteilung 11 Engagementpolitik.

Zehn Minuten, Herr Dr. Steegmans, wie immer. Und Sie werden uns jetzt die wunderbaren Dinge schildern, die in der Engagementstrategie bisher Eingang gefunden haben.

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Danke schön, Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren. Ja, als Gast muss man ja auch immer was mitbringen. Das ist schon richtig. Und ich habe Ihnen was mitgebracht. Ich habe Ihnen den aktuellen Stand zur Engagementstrategie mitgebracht. Wir haben ein Dilemma, was ich nicht auflösen kann. Wir befinden uns, weil es sich um eine Kabinetttbefassung handelt und ein Kabinettsbeschluss am Ende stehen soll, in der sogenannten Ressortabstimmung. Das heißt also, dass wir tatsächlich Arbeitspapiere haben, die noch ergänzt werden und angepasst werden. Und aus einer Ressortabstimmung darf man dummerweise nicht plaudern. Aber ich kann Ihnen trotzdem Dinge mitteilen, die tatsächlich so feststehen, dass ich weder das Geheimnis verrate an irgendeiner Stelle, noch Sie langweilen muss, weil ich glaube, dass Sie auch interessiert sind, die Leitlinien der Engagementstrategie und die strategischen Ziele insofern kennenzulernen, als dass sie dann schon vertraut sind, wenn die Maßnahmen am Ende dann auch beschlossen sind.

Ich darf sagen, dass das Verfahren mit den beteiligten Ressorts sehr, sehr vernünftig und kollegial abläuft. Ich hatte mehr und härtere Kämpfe erwartet. Das ist nicht der Fall. Viele Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ressorts verhalten sich sehr, sehr kollegial und konstruktiv. Das ist nicht

bei jeder Kabinettsache automatisch so und deshalb finde ich das auch mal erwähnenswert und möchte mich dafür an dieser Stelle bedanken.

Wir streben weiterhin einen Kabinettsbeschluss am 4.12. an und die Vorstellung der Strategie auf dem Deutschen EngagementTag dann am 9./10. Dezember dieses Jahres. Klar, ab dem Zeitpunkt, wo die Kabinettsache beschlossen ist, ist sie natürlich auch in der Welt. Die Lücke kann man nicht schließen. Wir können nicht unmittelbar nach einer Kabinettsitzung dann den Deutschen EngagementTag machen, nur um irgendwo an der Stelle dann mit Aplomb was komplett Neues vorstellen zu können. Trotzdem ist es, glaube ich, für viele dann interessant, das auch von der Ministerin noch näher erläutert zu bekommen am 9. und 10. Dezember.

Die Leitlinie der Engagementpolitik der Bundesregierung werden wir in der Engagementstrategie definieren. Es gibt insgesamt zehn Leitlinien, die sind bereits heute, aber auch vor allem zukünftig, handlungsweisend für die Engagementpolitik der Bundesregierung.

Wir haben als Leitlinie 1: Freiwilliges Engagement als wesentliche Säule unserer Demokratie. Freiwilliges Engagement ist und wird auch weiter eine wesentliche Säule unserer freiheitlichen, demokratischen, sozialen und lebendigen Gemeinwesenordnung und entscheidend für eine lebendige Demokratie sein. Freiwilliges Engagement ist eine wesentliche Gelingensbedingung für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Die Bundesregierung betrachtet Engagementpolitik als gemeinschaftliche Schwerpunktaufgabe im Feld der Gesellschaftspolitik.

Ganz, ganz wichtig ist, und dementsprechend haben wir da auch nicht groß dran gefummelt, dass es immer um die Freiwilligkeit des Engagements gehen muss. Es gab ja mal vor 10, 20 Jahren, zwei große Phasen in der Debatte, die große Frage, ob bürgerschaftliches Engagement eine staatsbürgerliche Pflicht ist. Wir sagen, es ist eigentlich erst dann funktional, wenn die Menschen es aus sich heraus entscheiden. Freiwilliges Engagement ist



ein Ausdruck des Rechts auf Teilhabe und Engagierte üben ihr Engagement freiwillig und selbstbestimmt aus in selbst gewählten Engagementbereichen und Tätigkeiten. Die Bundesregierung sieht ihre zentrale Aufgabe darin, gute Rahmenbedingungen für Engagement zu schaffen und damit allen Menschen zu ermöglichen, dieses Recht auf Teilhabe in der jeweils eigenen individuellen Ausgestaltung zu verwirklichen.

Daran anschließt sich Leitlinie 3: Eigensinn und Eigenständigkeit freiwilligen Engagements. Engagementpolitik folgt als Politik der Ermöglichung den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität. Eigensinn und Eigenständigkeit freiwilligen Engagements sind deshalb immer zu gewährleisten und freiwilliges Engagement kann und soll staatliche Daseinsvorsorge und den Sozialstaat grundsätzlich nicht ersetzen.

Leitlinie 4 heißt: Engagement auf Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Für die Bundesregierung ist allein das an den Werten unserer Verfassung ausgerichtete Engagement förderungswürdig.

Leitlinie 5 bedeutet: Dialog auf Augenhöhe zwischen Staat und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren. Freiwillig Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen spielen eine zentrale Rolle bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen und bei der Gestaltung der Transformationsprozesse. Die Bundesregierung bezieht deshalb die krisenbewältigende, impulsgebende und gestaltende Rolle der Zivilgesellschaft in die Gestaltung von Transformationsprozessen und in die Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen mit ein und möchte diese stärken. Die Engagementpolitik der Bundesregierung ist in diesem Sinne geleitet von dem Ansatz eines Dialogs auf Augenhöhe und einer Partnerschaftlichkeit.

Vielfalt im Engagement und Vielfalt des Engagements sind Leitlinie Nummer 6. Zentrales Merkmal von freiwilligem Engagement ist seine Vielfalt, die Vielfalt der freiwilligen Engagierten zum einen und die Vielfalt der unterschiedlichen Engagementfelder und Themen und die Vielfalt der

unterschiedlichen Formen und Organisationsgrade, in denen Engagement stattfindet, ist das andere. Diese umfassende Vielfalt gilt es bei der Gestaltung der Engagementpolitik anzuerkennen und zu berücksichtigen. Und das möchte ich ergänzen, das ist deutlich schwerer, als man denkt, weil man nämlich, wenn man priorisiert, auch möglicherweise das eine oder andere posteriorisiert. Und da eine vernünftige Gerechtigkeit herzustellen, dass die Vielfalt überall berücksichtigt wird, ist nicht ganz einfach.

Leitlinie 7: Solide Wissensbasis als Grundlage der Engagementpolitik. Um freiwilliges Engagement zukunftsorientiert an den gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart auszurichten, bedarf es grundlegender, wissenschaftlicher und praxisnaher Kenntnisse. Die Bundesregierung misst deshalb empirischen Ermittlungen zum Engagement große Bedeutung bei und legt Wert auf eine wissenschaftsbasierte und empirisch fundierte Förderung freiwilligen Engagements.

Engagementpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Das ist Leitlinie Nummer 8. Die Förderung freiwilligen Engagements wirkt in unterschiedliche Politikfelder hinein und betrifft verschiedene Ressortzuständigkeiten. Zugleich sind die politischen Zuständigkeiten auf verschiedene staatliche Ebenen verteilt und eine gelingende Engagementpolitik setzt voraus, dass der Heterogenität des Engagements Rechnung getragen wird und sogleich durch gezielte und kooperative Zusammenarbeit Synergien erzeugt werden, sowohl auf Bundesebene als auch ebenenübergreifend.

Leitlinie 9 bedeutet: Dialog und Kooperation als Basis der Engagementförderung. Wir haben einen Ansatz der Vernetzung und des partnerschaftlichen Dialogs uns vorgenommen und eine verlässliche Ermöglichung freiwilligen Engagements kann nur gelingen, wenn alle Akteure, Bund, Länder, Kommunen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, in gemeinsamer, zwar geteilter, aber kooperativer Verantwortung in ihrem jeweiligen Kompetenzbereich aktiv daran mitwirken.



Leitlinie 10 ist: Nachhaltig wirken. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie gibt den Rahmen für die Umsetzung der Agenda 2023 vor.

Und dann komme ich noch ganz kurz zu den Zielen und Handlungsschwerpunkten. Die Strategie ist als Rahmensetzung der Bundesregierung für eine zukünftige Engagementpolitik zu verstehen. Sie wird nicht den Anspruch haben können, alle Engagementbereiche spezifisch in den Blick zu nehmen. Sie konzentriert sich aus der Natur der Sache heraus auf Ziele und Maßnahmen im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Bundes. Die Engagementstrategie ist kein statisches Konzept, sondern als fortlaufender dynamischer Prozess zu verstehen. Und in diesem Rahmen ist es oberstes Ziel der Bundesregierung, freiwilliges, auf den Werten unserer Verfassung ausgerichtetes Engagement für alle zu ermöglichen und dieses durch geeignete Rahmenbedingungen zu fördern und zu stärken.

Aus den Empfehlungen aus dem Beteiligungsprozess und unter Berücksichtigung der soeben vorgestellten Leitlinien und der verfassungsmäßigen Zuständigkeiten haben wir diese fünf strategischen Ziele definiert, die wir verfolgen. Da wäre Ziel 1 freiwilliges Engagement in Krisenzeiten und Transformationsprozessen stärken. Ziel 2 ist Teilhabe ermöglichen, Vielfalt anerkennen. Ziel 3 heißt strukturellen Herausforderungen für freiwilliges Engagement begegnen. Das betrifft vor allen Dingen dann Infrastrukturen und ähnliches. Ziel 4 bedeutet digitale Transformation der Zivilgesellschaft gestalten. Und Ziel 5 heißt Engagement über Grenzen hinweg ermöglichen.

Diese fünf Ziele werden in der Engagementstrategie mit Maßnahmen unterfüttert oder mit Best Practice-Beispielen, die ausbaufähig und förderwürdig sind. Und darüber, wie gesagt, verhandeln wir aktuell mit den Ressorts. Wir sind auf einem guten Weg. Und Frau Fäscher hat mich eben gefragt, ob ich denn zufrieden wäre. Und ich kann das sagen, ja, angesichts dessen, dass ich jetzt seit 1996 Bundespolitik mache und auch weiß, wie oft man sich zerzankt und am Ende nichts Gescheites rauskommt, muss ich sagen, ich bin sowohl mit dem Prozess als auch mit dem, was wir im

Augenblick als Ergebnis haben, recht zufrieden. Und, ich hoffe, dass Sie das am Ende auch sein werden und mich dafür nicht in der Luft zerreißen, dass ich hier zu viel Optimismus verbreitet habe. Danke schön.

Die **stellv. Vorsitzende**: Herr Dr. Steegmans, vielen herzlichen Dank. Auch für die Punktlandung in der Zeit.

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Ich war drei Sekunden drüber.

Die **stellv. Vorsitzende**: Naja, das hatten wir schon anders. Also, ich muss erstmal sagen, dass ich sehr optimistisch bin, wenn ich jetzt die Aufschuppung der Ziele höre und gleichzeitig das in Verbindung damit, dass wir eine Prozessanlage bekommen werden durch die Strategie, also nichts, was in der Schublade verschwindet, sondern das lebt und sich weiterentwickeln darf. Über das konkrete Format werden wir uns dann ja sicherlich nochmal austauschen, was das dann sein kann. Das klingt tatsächlich hoffnungsvoll. Haben Sie Fragen an Herrn Dr. Steegmans? Zu Inhalten, zum Stand des Verfahrens?

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Vielleicht darf ich einen Satz noch sagen. Es ist auch ansprechend getextet und das ist, glaube ich, nicht unwichtig, dass man auch gern damit arbeitet.

Die **stellv. Vorsitzende**: Wie liegen wir da gegenwärtig vom Umfang? Wenn man einen Laster braucht, um es wegzuziehen, dann wird es keiner lesen.

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Nein, ich habe jetzt die Seitenzahl nicht im Kopf, aber es ist eine zweistellige Seitenzahl und es ist tatsächlich so handhabbar, dass man es gerne liest und es ist auch vernünftig gegliedert, sodass man sofort das findet, was einen interessiert. Es ist keine Bleiwüste und es ist mit Obersatz und Untersatz und Beispielen. Also, ich glaube, es ist ein brauchbares Manual, wirklich.



Die **stellv. Vorsitzende**: Ja, gibt es Nachfragen? Das sehe ich nicht. Dann bedanken wir uns sehr herzlich, Herr Dr. Steegmans. Wie gesagt, die Nachfragen werden uns noch anspringen, wenn wir den Text dann sehen. Also insofern ist es im Moment noch hinreichend unkonkret, sodass wir Sie noch beglückwünschen und uns gerne auf ein nächstes Mal dann freuen, wenn wir dann über Konkretes sprechen können. Herzlichen Dank.

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Ich habe noch 17 Jahre bis zur Pensionierung.

Die **stellv. Vorsitzende**: Dann können wir ja noch viel weiterentwickeln vom Tag des 4. Dezember an. Ja, dann vielen herzlichen Dank für Ihre Arbeit auch in Ihrem Team. Das ist auf jeden Fall eine Mammutaufgabe gewesen, die Verdichtung und Übersetzung. Wenn ich über Abstimmungsprozesse innerhalb der Häuser spreche, dann rede ich als Blinde über Farben, deswegen lasse ich das. Das kann ich nicht beurteilen, ob das jetzt gut oder schlecht läuft. Aber wie gesagt, ich bin optimistisch, wenn ich diese Ziele sehe. Vielen Dank. Dann schließe ich diesen Tagesordnungspunkt. Bleiben Sie sehr gern bei uns, wenn Sie interessiert sind.

Tagesordnungspunkt 3

Fachgespräch zum Thema "Kommunalpolitisches Engagement und Schöffendienst"

Die **stellv. Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zu unserem TOP 3, das Fachgespräch „Kommunalpolitisches Engagement und Schöffendienst“.

Ich begrüße die Personen, die als Sachverständige in unserer Anhörung sind, nicht wie üblich in der alphabetischen Reihenfolge, sondern diesmal in der Reihenfolge ihres Erscheinens sozusagen.

Da würden wir mit dem Innenministerium beginnen.

Ralf Göbel ist da, vom Bundesministerium des Innern und für Heimat, Unterabteilungsleiter H II – Gleichwertige Lebensverhältnisse, Demografie und Kommunen.

Und er hat mitgebracht **Marcus Kober**, Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger, die sogenannte „Starke Stelle“ in Kurzform. Herzlich willkommen, Ihnen beiden.

Es wird anschließen Frau **Dr. Ulrike Gatzemeier** vom Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung. Sie ist dort die Leiterin. Willkommen, auch Ihnen.

Und digital zugeschaltet sind uns **Professor Dr. Zohal Hessami** von der Ruhr-Universität Bochum. Sie hat dort den Lehrstuhl für Sozialpolitik und Öffentliche Wirtschaft.

Und **Andreas Höhne** vom Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. Er ist dort der Präsident. Wir können Sie gerade nicht sehen, aber das wird sich nachher noch ändern. Herzlich willkommen, Ihnen allen. Schön, dass Sie hier sind.

Wir haben heute eine etwas andere Sitzordnung. Sonst sitzen die Sachverständigen immer in unserer Mitte. Aber da die Ministerien üblicherweise mit am Tisch sitzen, hätte sonst Frau Dr. Gatzemeier alleine da im Mitte gesessen. Und da haben wir gedacht, wir verschieben das einfach jetzt so ein bisschen. Das ist dann etwas schöner auf Augenhöhe.

Wir haben einen Ablauf, maximal acht Minuten kleines Intro, dann Fragerunde. Wir sammeln dann immer so zwei, drei Fragen, die Sie dann im Bundle beantworten. Und so hangeln wir uns dann durch die Themen des Tages.



Und dann würde ich Sie bitten, Herr Göbel, den Reigen zu eröffnen und uns einen Input zu geben.

Ralf Göbel (BfM): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, gefragt nach der persönlichen Erfahrung kann ich sagen, ich war zehn Jahre selbst Ratsmitglied. Es ist allerdings die Zeit gewesen von 1999 bis 2009. Und es war, um das gleich vorweg zu sagen, eine andere Zeit. Es hat sich einiges verändert in den kommunalen Räten, nicht unbedingt zum Besseren.

Zu den Wurzeln unserer Demokratie gehört die kommunale Selbstverwaltung. Genau deswegen ist sie ja auch mit der Institutsgarantie in Artikel 28 GG ausgestattet. Die Idee ist, dass die Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen selbst Verantwortung übernehmen und den Raum, in dem sie leben, eigenständig gestalten. Diese kommunale Selbstverwaltung gerät aber zunehmend unter Druck, und zwar unter Druck aus mehreren Richtungen. Zum einen nehmen die Pflichtaufgaben bei den Kommunen zu. Die Möglichkeiten der freien Gestaltung, also der Selbstverwaltung, sind eher abnehmend. Was auch damit zusammenhängt, dass die finanziellen Ressourcen, die in den Kommunen sind, nahezu erschöpft sind. Das heißt, ein eigenständiger Gestaltungsspielraum nimmt ab. Das heißt aber auch für diejenigen, die Verantwortung in den kommunalen Gebietskörperschaften tragen, dass auch deren Motivation natürlich sich infrage stellt. Denn, wenn ich nur noch staatliches Vollzugsorgan als Ratsmitglied bin und keine eigenständige Gestaltungsmöglichkeit mehr habe, woher soll die Motivation kommen, dann das zu übernehmen?

Ein Problem, dem wir im Innenministerium versuchen, dadurch zu begegnen, dass wir immer wieder die Interessen der kommunalen Gebietskörperschaften, der kommunalen Verwaltungen, versuchen, in den Gesetzgebungsprozess einzubringen und sozusagen die Hochzönung von Entscheidungen auf Landesregierungsebene, so weit wie es geht, zu verhindern, sodass also auf der kommunalen Ebene auch noch eigenverantwortlicher Gestaltungsspielraum bleibt, weil das die Voraussetzung ist, dass sich jemand in diesem

Bereich engagiert.

Unter Druck gerät die kommunale Selbstverwaltung aber auch dadurch, dass sich der Umgang mit den kommunalen Mandatsträgern, und zwar der Umgang in den Räten selber, als auch der Umgang mit den ehrenamtlich Tätigen deutlich verändert hat in den letzten Jahren. Es gibt einen Befund, der aus der aktuellen Forsa-Studie, aus der Umfrage, ersichtlich ist. Dort sind die Bürgermeister gefragt worden. Wir haben fast 60 Prozent der Bürgermeister im Ehrenamt, circa 50 Prozent sind unzufrieden mit den Rahmenbedingungen. 62 Prozent sagen, dass die Vereinbarkeit Ehrenamt, Familie und Beruf nicht zufriedenstellend ist. 61 Prozent sagen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zunehmend unzufrieden sind, was auch damit zusammenhängt, dass der Bürger und die Bürgerin natürlich nicht unterscheiden, ist es jetzt der Bürgermeister, ist es das Land oder ist es der Bund. Sondern für sie ist die Kommune der Staat, der ihnen sozusagen gegenübersteht. Und wenn es Unmut gibt, wird dann eben auch auf der kommunalen Ebene dieser Unmut geäußert. 35 Prozent sehen in Rechtsextremismus eine große Gefahr, eine große Herausforderung und circa 20 Prozent berichten von demokratiefeindlichen Tendenzen. Das ist ein Schlaglicht der Bürgermeisterbefragung und wahrscheinlich ist es ähnlich auch bei den ehrenamtlichen kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern.

Was uns jetzt heute aber besonders beschäftigt, ist die Frage, wie geht man mit den kommunalen Ehrenamtlichen um? Und da ist eben der Befund, dass 40 Prozent von Beleidigungen, Bedrohungen und tätlichen Angriffen berichten, dass das nicht mehr ein Einzelfall ist, sondern ein Faktum, das sich breit ausmacht. Dazu gibt es unterschiedliche Studien, wir beobachten das mit dem Bundeskriminalamt, da gibt es eine eigene Studienstelle, die sich mit diesem Thema beschäftigt. Es gibt aber auch eine Studie des Landes Brandenburg, die noch mal einen anderen Fokus wirft, nämlich einen Fokus darauf, wie man innerhalb der Räte miteinander umgeht, und auch da ist der Umgang miteinander sehr erschreckend.



Um das aber näher darzustellen, gebe ich an Herrn Kober weiter, der die „Starke Stelle“ vertritt, die „Starke Stelle“ leitet. Die „Starke Stelle“ ist eingerichtet worden von der Bundesinnenministerin. Wir haben einen Etat von etwa einer Million und wir wollen diese „Starke Stelle“ zu einer wirklich Starken machen und als Lotse sozusagen für die kommunalen Betroffenen dann auch ausgestalten. Bitte, Herr Kober.

Marcus Kober (Starke Stelle): Vielen Dank, Herr Göbel. Bezugnehmend auf die Studie, die mein Vorredner gerade genannt hat, möchte ich mich auch beziehen auf das kommunale Monitoring des Bundeskriminalamtes, das in halbjährlichem Abstand alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Deutschlands befragen, und das, was ich Ihnen an Thesen vorstellen möchte, bezieht sich auf diese Studie.

Danach stellen wir fest, dass etwa 38 Prozent der Amts- und Mandatsträger*innen der Kommunalen im letzten halben Jahr angegeben haben, angefeindet und bedroht worden zu sein, und in der aktuellen Ausgabe, die aus dem Herbst 2023 stammt, werden insbesondere drei besonders vulnerable Gruppen identifiziert. Das sind zum einen Frauen, die sich im Gegensatz zu Männern unter anderem dadurch auszeichnen bzw. besonders angefeindet werden, dass sie häufig im familiären Umfeld angegangen werden, dass also die Familie mitbedroht und angefeindet wird, dass sie häufig wegen ihres Geschlechtes attackiert werden und infolgedessen, so darf man vermuten, auch häufiger mit dem Gedanken spielen, sich aus ihrem Mandat zurückzuziehen.

Eine zweite Gruppe, die dort besonders heraussticht und vulnerable zu sein scheint, sind eben freiwillig Engagierte. Hier ist es so, dass die vor allen Dingen sehr, sehr viel häufiger als Hauptamtliche von Angesicht zu Angesicht attackiert und bedroht werden. Und auch das schlägt sich natürlich gravierend nieder in der Überlegung, ob man dieses Amt fortsetzen möchte oder nicht. Insofern denke ich, sind hier zumindest zwei Gruppen, die sich ziemlich deutlich als besonders angreifbar erkennen lassen, und da setzen wir und andere Beratungsstellen an, um genau diese Zielgruppen

auch noch stärker adressieren zu wollen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Einfach weil sie sehr spezifisch angefeindet werden und, ich glaube, dessen sollte man sich annehmen.

Weitere Punkte, Herr Göbel hat es eben auch schon erwähnt, das ist diese Studie aus Brandenburg, die Hinweise darauf gibt, dass es gar nicht immer externe Anfeindungen sind, sondern mitunter eben auch in den kommunalen Gremien selbst und da gibt es bisher noch sehr wenige Formate, um sich mit dem Thema zu beschäftigen. Da sind möglicherweise parteinahe Stiftungen oder kommunalpolitische Vereinigungen, aber auch die Wissenschaft aufgerufen, hier noch mal neu zu denken, wie man denn mit diesen Anfeindungen innerhalb der Parlamente umgeht.

Ein dritter Punkt, auf den wir auch in unserem Beratungsalltag immer wieder stoßen, ist eine gewisse Frustration über die Intransparenz und Länge von Strafverfahren. Wir bekommen häufig gespiegelt, dass es für die Betroffenen sehr schwierig ist, dass sie sehr lange warten müssen, überhaupt informiert zu werden über den Ausgang eines Strafverfahrens oder einer Anzeige, und während dieser langen Wartezeit dann auch zu wenig nach ihrem subjektiven Empfinden darüber erfahren, wo dieses Verfahren gerade steht. Ich denke, da hat sich in der Vergangenheit in Justiz und bei Sicherheitsbehörden schon sehr viel getan, sich um Transparenz zu bemühen, aber, ich glaube, da gibt es noch Potenziale, die ausbaufähig sind, sich da zu öffnen und die Betroffenen zu unterstützen und diese Vorgänge transparent zu machen.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank erstmal für diesen Input. Wir können das ja gleich durch Fragen noch ein bisschen vertiefen. Dann bitte ich Frau Dr. Gatzemeier anzuschließen.

Dr. Ulrike Gatzemeier (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung): Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, auch ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung. Ich freue mich sehr, heute hier sprechen zu können zum Thema kommunalpolitisches Engagement, vielleicht aus der Perspektive einer



zivilgesellschaftlichen Organisation, die mit Kommunen bundesweit zum Thema kommunale Konflikte, und wie man damit umgeht, auf das Thema schaut.

Ich möchte mich heute, das vielleicht gleich vorab, dafür stark machen, dass es für die Stärkung kommunalen und kommunalpolitischen Engagements auch dazugehört, Strukturen und bedarfsorientierte Angebote zu stärken, um den wachsenden Bedarf in Kommunen zur Adressierung kommunaler Konflikte decken zu können.

Ganz am Anfang vielleicht ein kleiner Einstieg. Konflikt, also wie schauen wir eigentlich auf dieses Thema, was hat eigentlich Konflikt mit dem Thema Engagement zu tun und vielleicht auch mit dem Thema Engagement in unserer Zeit, in unserer Gesellschaft.

Der erste Genannte, sagt Ihnen vielleicht etwas, Ralf Dahrendorf, Sozialwissenschaftler, Friedens- und Konfliktforscher, hat schon vor langer Zeit herausgestellt, dass Konflikte, auch wenn wir sie immer als etwas Störendes, Negatives ansehen, dem Ganzen eher aus dem Weg gehen wollen, in unserer modernen Gesellschaft, die plural ist, die sich wandelt, die sich bewegt, ein integraler Bestandteil ist, und dass Konflikte nicht nur normal sind, sondern dass es wichtig ist, dass sie geführt werden in unserer Gesellschaft, um die Anpassungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit im Kontext sich stetig wandelnder Kontexte zu garantieren. Konflikte bedeuten, dass unterschiedliche Perspektiven und Interessen ins Gespräch eingebracht werden und daraus die bestmögliche Lösung oder der bestmögliche nächste Schritt gefunden werden kann.

Entsprechend überrascht es auch nicht das nächste Zitat, das Ihnen bestimmt etwas sagt: „Eine Demokratie, in der nicht gestritten wird, ist keine.“ Und vielleicht mit diesen zwei ganz grundsätzlichen Gedanken zu Kommunen. Auch Kommunen sind Orte, in denen sehr viel gestritten wird, in denen Konflikte ausgetragen werden. Ich würde sogar sagen, Konflikte sind in Kommunen Alltagsgeschäft. Kommunen haben auch Routinen dazu, schon der Stadtrat ist eigentlich ein

Mechanismus der Konfliktaustragung. Und gleichzeitig sehen wir gerade, dass sich etwas verändert, das haben auch meine Vorredner schon deutlich gemacht.

Ich habe ein Zitat mitgebracht von einem Bürgermeister, mit dem wir zusammengearbeitet haben: „Wir sind jenseits unserer tatsächlichen Zuständigkeit das Gesicht des Staates. Wir werden beleidigt, beschimpft und bedroht. Wir wollen Bürgerbeteiligung, aber wir sind auch mit Bürger*innen konfrontiert, die zerstören wollen. Wir brauchen einen Blick auf die Dynamiken in unseren Städten. Wir brauchen dafür aber nicht nur einen Anschub, sondern ständige Begleitung.“ Dieses Zitat zeigt wahrscheinlich, dass Kommunen mit den Mechanismen, die sie zur Konfliktbearbeitung haben, zum Teil und mitunter an ihre Grenzen kommen.

Damit würde ich vielleicht ganz kurz etwas dazu sagen, wer sind wir eigentlich? Ich komme vom Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung, das angesiedelt ist am VFB Salzwedel, also in Salzwedel im Norden Sachsen-Anhalts. Wir begleiten Städte, Gemeinde und Landkreise bundesweit dabei, mit gesellschaftlichen Konfliktlagen einen Umgang zu finden. Wir fungieren auch als Fachstelle zum Thema, sind mit anderen Organisationen, die sehr ähnliche Unterstützungsansätze verfolgen, auch eng vernetzt. Die nächste Folie gerne.

Um mal einen Einblick zu geben: Was sind denn Themen, zu denen wir in der letzten sieben, acht Jahren zunehmend gearbeitet haben? Ich muss auch wirklich sagen, dass mein Eindruck ist, dass der Bedarf und auch die Anfragen, die bei uns anlaufen, stark zugenommen haben in den letzten Jahren. Wir haben zu Fragen von Gemeindegebietsreformen gearbeitet, gerade in Sachsen-Anhalt, jetzt auch in Thüringen, zur Errichtung von Unterkünften von Geflüchteten oder anderen Konflikten im Feld, sagen wir mal kultureller Vielfalt oder wie auch immer man das nennen möchte. Wir haben zum Thema Energiewende, Konflikte vor Ort im Themenfeld Energiewende gearbeitet, Windparks, aber gerade auch zum Thema Nutzung des öffentlichen Raums, urbane Konflikte, Fragen



von Sicherheit und Sicherheitswahrnehmung.
Gerne eins weiter.

Kommunale Konfliktberatung, in aller Kürze, unterstützt lokale Akteure und das ist, Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft dabei, die Gemengelage, die ihnen quasi da entgegenkommt, zu verstehen, mit den unterschiedlichen Interessengruppen zusammenzuarbeiten, auch besser zu verstehen, was die Bedürfnisse und Interessen sind, und langfristige Lösungsansätze zu entwickeln. Auch hier ein Zitat von einer Bürgermeisterin, das ich jetzt aber nicht noch vorlesen möchte.

Ich habe keine Studie mitgebracht oder keine großen Zahlen, ich würde aber gerne ein Beispiel aus der Praxis erzählen, an dem vielleicht klarer wird, warum die Themen Engagement und Konflikt eng zusammenhängen, kommunalpolitisches Engagement, aber auch andere Formen kommunalen Engagements.

Für uns sind Ehrenamt und Engagierte in Kommunen eine zentrale Ansprechstelle, Ansprechpersonen und auch Mitwirkenden in den Prozessen, die wir durchführen. Sie haben das, Herr Göbel, schon auf den Punkt gebracht, weil eben kommunale Gesellschaft nicht nur von der kommunalen Verwaltung, sondern letztlich von allen Engagierten vor Ort zusammen gestaltet wird. Und entsprechend sehen wir das schon sehr stark, auch das, was Sie beschrieben haben, dass eben je nachdem, in welche Kommune Sie gehen, es zu Anfeindungen kommt oder auch Sätze fallen, wie der Ton wird rauer und still kippt die Stimmung, die sich in den Kommunen ganz unterschiedlich manifestiert, ganz unterschiedliche Themen hat, aber trotzdem scheint da eine Entwicklung vorzustattenzugehen, die schon zum Nachdenken bringt.

Was hat also Konflikt und Engagement zu tun? Es gibt für Anfeindungen und für diesen rauer werdenden Ton sehr viele, auch sehr gute Unterstützungsangebote für die Betroffenen. Die „Starke Stelle“ haben wir schon genannt. Unsere Herangehensweise ist eher zu fragen, was ist denn der Kontext in der Kommune? Also inwiefern geht es hier auch um eskalierte Konfliktynamiken oder

ein Stück weit auch die Frage, wie konnte es denn überhaupt so weit kommen, dass das jetzt passiert, ohne eben andere Unterstützungsmechanismen infrage stellen zu wollen. Ein Beispiel, das ich mitgebracht habe, ist aus einer Mittelstadt in einem ostdeutschen Bundesland, in dem es ein sogenanntes Problem- und Brennpunktviertel gibt, das sich einfach durch multiple Problemlagen auszeichnet. Es gibt vor Ort eine große zirkuläre Arbeitsmigration aufgrund eines ortsansässigen Großbetriebs, es gibt eine schlechte und verwahrloste Bausubstanz, es gibt eine große Armut in diesem Viertel.

In den letzten Jahren hat sich die Stadt und haben sich auch viele ehrenamtlich Engagierte auf den Weg gemacht, weil sie diese Situation nicht mehr nur verwalten wollen, sondern weil sie in diesem Viertel etwas ändern wollen, etwas positiv voranbringen wollen. Also die Situation hat vor Ort sehr viele Energien freigesetzt, etwas zu tun. Es gibt einiges an ehrenamtlichen Initiativen, aber auch Ideen in der Verwaltung und auch kommunale Politik beschäftigt sich mit dem Thema. Was zu beobachten ist in dem ersten Schritt, dass es Konflikte gibt zwischen den Ehrenamtlichen über den richtigen Weg, aber auch mit den Ehrenamtlichen und Stadtverwaltung und auch mit Amts- und Mandatsträgern. Es kommt zunehmend zu einer Verhärtung und gegenseitigen Vorwürfen. Es gibt bei den unterschiedlichen Gruppierungen ganz unterschiedliche Diagnosen von dem, was das eigentliche Problem ist vor Ort. Es gibt unterschiedliche Lösungsvorstellungen, wie man mit den Problemen umzugehen hat. Es gibt unterschiedliche Interessen und Bedürfnissen der Beteiligten und, und das ist vielleicht wichtig, es gibt keinen funktionierenden Raum, in dem diese wirklich abgeglichen werden können, also in dem man sich gegenseitig verstehen kann, Positionen erstmal nachvollziehen kann und das nutzen kann, um eine gemeinsame Strategie zu finden.

Das führt dazu, dass, um mal so zwei Beispiele rauszunehmen, im Ehrenamt trotz der großen Handlungsfreude, also ich rede jetzt vom zivilgesellschaftlichen, nicht vom kommunalpolitischen Ehrenamt, über die Verwaltung und über die Kommunalpolitik mit einem großen Frust gesprochen wird. Es wird unterstellt, die Stadt macht nichts,



unser Engagement wird auch nicht wertgeschätzt, mit uns wird nicht auf Augenhöhe gesprochen und dieser Frust nährt nicht nur bei den Ehrenamtlichen Wut, sondern auch einer Erzählung über eine desinteressierte Stadtverwaltung, die zunehmend auch auf andere Bereiche übergreift. Es gibt entsprechend wütende Briefe, der Ton verschärft sich. In der Stadtverwaltung und Kommunalpolitik auf der anderen Seite gibt es den Eindruck, dass es eine Anspruchshaltung gibt und Ihnen vorgeschrieben würde, wie sie ihren Job zu machen haben. Also das mal so als ein Beispiel, machen Sie gerne weiter.

Ich habe das in einer Dynamik kurz zusammengefasst, abstrahiert, wie könnte sowas heißen, wie führt es auch zu Rückzug von Bürger*innen und Rückzug von Verwaltung gleichzeitig, also von engagierten Bürger*innen und von Verwaltung, und dass das letztlich ein Problem wird, weil das bedeutet, dass kommunale Probleme und Aufgaben nicht angegangen werden oder nicht ausreichend angegangen werden.

Entsprechend noch ein letzter Satz, wenn Sie auf die letzte Folie gehen wollen. Wir sehen, dass es sehr stark einfach Unterstützungsmöglichkeiten braucht, um Kommunen hier auf einem Weg zu begleiten, sich damit anders auseinanderzusetzen und ich möchte nur in einem Satz ganz kurz hervorheben, dass es für uns eine sehr positive Entwicklung war, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ für die neue Förderphase das Thema Konflikte und lokale Konflikte stark in den Fokus gestellt hat, Schwerpunkte geschaffen hat, und meine Bitte wäre, dieses Bundesprogramm, eben weil es einzigartig ist, in dieser Ausrichtung langfristig abzusichern. Danke.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir würden jetzt online schalten und Frau Prof. Hessami bitten, ihren Input zu geben.

Prof. Dr. Zohal Hessami (Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, vielen Dank für die Einladung. Ich vertrete hier heute vor allem die wissenschaftliche Perspektive, vor allem basierend auf

meiner eigenen Forschung. Das heißt, ich adressiere in meinem Eingangsstatement vor allem die Frage, was wissen wir über Frauen, auch vor allem junge Frauen, in der Politik, in der Kommunalpolitik? Wie kann man sie für die Kommunalpolitik gewinnen und sie dort behalten? Und was sind Hürden und was wirkt, um diese abzubauen?

Um das einmal zahlenmäßig kurz einzuordnen, auch wenn viele Anwesenden diese Zahlen vermutlich kennen, haben wir in meiner eigenen Forschung vor allem zur Kommunalpolitik in Hessen und Bayern gemessen, dass heutzutage etwa 25 bis 28 Prozent der Kandidat*innen für Stadt- und Gemeinderäte weiblich sind, also noch nicht ganz 30 Prozent, aber auf dem Weg dahin. Insgesamt werden etwa 20 bis 23 Prozent in den Rat gewählt. Das heißt, da haben wir ein bisschen Schwund, aber es ist ungefähr im gleichen Bereich. Von den frühen 2000ern ausgehend, da waren es etwa 3-4 Prozent weniger, sowohl bei den Kandidat*innen als auch bei den Rät*innen. Das heißt also, dass wir in den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts einen gewissen Fortschritt gesehen haben. Allerdings zeigt sich jetzt auch bei den letzten Wahlen, 2020, 2021, eine gewisse Stagnation. Es scheint nicht mehr weiterzugehen. Vielleicht hat das auch mit der COVID-Pandemie zu tun, das kann man nicht sagen, aber es ist ein erstes Alarmzeichen. Bei den Bürgermeister*innen liegen wir in ganz Deutschland aktuell etwas unter 10 Prozent.

Was für uns überraschend war und in diesem Kontext vielleicht erwähnt werden sollte, und das könnte natürlich auch erklärt werden durch das, was eben beschrieben wurde zu Gewalt gegenüber Frauen in der Politik, dass wir in einer Studie zu Stadt- und Gemeinderatswahlen in Hessen gezeigt haben, dass rein deskriptiv Frauen vier bis fünf Prozentpunkte weniger wahrscheinlich wieder antreten als Männer. Wir reden also hier über Frauen, die schon mal kandidiert haben für den Gemeinde- oder Stadtrat. Die Wahrscheinlichkeit ist also vier bis fünf Prozentpunkte geringer, wieder anzutreten. Das ist übrigens unabhängig davon, ob man es beim ersten Mal geschafft hat oder nicht. Also sowohl bei denen, die es geschafft haben, als auch bei der Gruppe derer, die es nicht in den Rat geschafft haben, haben wir diese 4-5 Prozentlücke. Wir haben dann versucht zu



analysieren, woran das liegt, also weitere Gründe. Wir finden da zum Beispiel, dass bei älteren Frauen und älteren Männern, also über 65, sich diese Lücke nicht findet. Da hat man natürlich nicht diese Dreifachbelastung mit noch Beruf und Kindern. Das ist schon mal ein erster Anhaltspunkt, dass hier Frauen besonders Schwierigkeiten haben, diese Dinge miteinander zu vereinbaren. Wir finden, dass diese Lücke auch damit variiert, wie hoch der Frauenanteil im Gemeinde- oder Stadtrat ist. Interessanterweise, wenn dort 30 Prozent oder mehr Frauen sind, was natürlich selten ist, haben wir diese Lücke gar nicht.

Was auch noch ganz interessant ist aus praktischer Sicht: Wir haben für einen Bruchteil der 400 plus Gemeinden in Hessen Gemeinderatsprotokolle gesammelt, aus denen auch ersichtlich ist, wann man sich trifft, also um wie viel Uhr. Da muss ich natürlich ein bisschen vorsichtig argumentieren, weil das natürlich nur ein Bruchteil der Stichprobe ist. Aber hier finden wir, dass, wenn die Sitzungen nach 20 Uhr stattfinden, dass wir auch dann keine Genderlücke finden. Das kann natürlich zum Beispiel dadurch erklärt werden, dass man sagt, dann ist der Haushalt erledigt, die Kinder waren zu Hause, haben die Hausaufgaben gemacht, das Essen ist gekocht und wenn alles erledigt ist, dann kann man vielleicht eher mal zu einer Sitzung gehen. Das wäre jetzt so eine Erklärung aus meiner Sicht, würde mich natürlich auch interessieren, was die Anwesenden dazu sagen. Die Lücke ist besonders groß für Frauen zwischen 18 und 34 Jahren. Ich hatte eben gesagt, dass insgesamt die Lücke bei vier bis fünf Prozentpunkten liegt, bei dieser jungen Gruppe von Frauen, 18 bis 34 Jahre, sind es 16 Prozentpunkte, also dreimal so groß, bei 35 bis 44 Jahren 12 Prozentpunkte. Das spielt schon eine Rolle, wie alt diese Frauen sind.

Um die Relevanz dieser zugrundeliegenden Fragestellung zu unterstreichen: Wir haben noch eine andere Studie zu Bayern, in der wir zeigen, dass einzelne Frauen wirken, also auch Einfluss auf die Politik haben. Wir finden dort nämlich, dass der Kita-Ausbau, also der Kita-Platz-Ausbau, in den Gemeinden um 40 Prozent beschleunigt wird, wenn eine zusätzliche Frau in den Gemeinderat kommt. Das heißt, in der öffentlichen Debatte

wird viel über Parität und so weiter gesprochen, ist auch sicher richtig, aber dieses Beispiel zeigt, dass unterhalb der 50 Prozent auch schon einzelne Frauen wirken und für die lokale Bestimmung von Prioritäten in der Politik wichtig sind.

Was kann man jetzt aus all dem für die Praxis ableiten? Also zunächst mal würde ich sagen, dass man erkennt, dass einmal erreichte Steigerungen im Frauenanteil in diesen Räten wichtig dafür sind, dass neue Frauen dabei bleiben, also die erst einmal kandidiert haben, das motiviert sie, dabei zu bleiben. Das heißt, man hat hier das Potenzial, dauerhaft ein höheres Plateau zu erreichen. Da geht es also um so etwas wie Kipppunkte oder eine kritische Masse, die man braucht, damit die Frauen motiviert sind, da zu bleiben. Man kann jungen Frauen durch die Uhrzeit der Sitzung, wahrscheinlich auch durch digitale Sitzungen, entgegenkommen, um das mit Arbeits- und Familienzeit zu kombinieren.

Und schließlich haben wir in unserer Forschung auch ein paar andere Dinge angeschaut, zum Beispiel, ob Frauen schlechter platziert werden auf offenen Listen oder ob sie weniger belohnt werden, wenn sie dann in den Gemeinderat kommen, ob sie dann beim nächsten Mal höher platziert werden. Tatsächlich zeigt sich bei den Listenplatzierungen, dass Frauen gar nicht so benachteiligt werden, teilweise sogar ein bisschen mehr belohnt werden als die Männer. Und es scheint auch, dass die Skepsis der Wähler gegenüber Frauen überwunden werden kann, wenn dann mal zum Beispiel eine Bürgermeisterin da ist. Das hat dann auch Spillover-Effekte auf die Gemeinderatskandidatinnen. Das heißt, wenn ich das zusammenfassen würde, würde ich sagen, es sind die Strukturen, sowas wie die Uhrzeit der Sitzung und die Atmosphäre, also wie viele Frauen sind da insgesamt, wie ist die Kultur, die Debattenkultur in diesen Räten, die scheinen der Kern des Problems zu sein.

Die stellv. Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Last but not least, Herr Höhne spricht zu uns über einen anderen Teilbereich, der vielleicht gar nicht so in der öffentlichen Wahrnehmung sonst ist, über das Schöffenamtsamt. Wir freuen uns auf Ihren



Input.

Andreas Höhne (Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter): Ich grüße Sie, stellvertretende Vorsitzende Frau Fäscher, liebe Abgeordnete, liebe Gäste. Ja, in der Tat, wir haben so eine kleine Sonderstellung und ich freue mich, dass ich hier als Sachverständiger gehört werden darf.

Wir sind ehrenamtlich unterwegs, sind also Ehrenamtler, und nachdem wir gewählt wurden, stellen doch viele fest, dass das ein Pflichtehrenamt ist, und wenn du zur Sitzung nicht erscheinst, gibt es ein Ordnungsgeld. Wir sind dann so ein bisschen reingezwungen in dieses Amt, obwohl, das will ich gleich voranstellen, wir haben eine Umfrage in unserem Verband gemacht, 96 Prozent derer, die Schöffen sind oder ehrenamtliche Richter sind, würden das wieder tun. Die Schöffen müssen sich neu bewerben. In den Fachgerichtsbarkeiten ist das ein bisschen anders. Die werden dann erneut vorgeschlagen, da läuft das einfacher, aber die Schöffen bewerben sich neu. Trotzdem ist die Bindung an dieses Amt recht gut.

Ich will mich ganz kurz langhangeln an den Fragestellungen und an der Stellungnahme, die ich abgegeben habe. Und da sind zwei wichtige Punkte. Das Erste zu der Frage 2, wie können wir unterrepräsentierte Gruppen, jüngere Menschen, Frauen, zu dem Amt bringen? Ich sage mal so, die neueste Studie aus dem Justizministerium, derer, die gewählt wurden, da beziehe ich mich jetzt auf die letzte Schöffenwahl, ist doch ernüchternd in der Sache, dass wir fast paritätisch besetzt sind. Das heißt, wir haben hälftig Männer und Frauen, das war früher nicht so, das hat sich entwickelt. Und, wenn man rückblickend sieht, waren das in den alten Bundesländern eher die Männer, die sich gemeldet haben, und in den neuen Bundesländern die Frauen. Und jetzt haben wir das angeglichen. In einigen Gerichten, gerade im Jugendstrafrecht, ist das Gericht ja paritätisch mit Schöffen besetzt. Das heißt, da sitzt immer ein Mann und eine Frau. Deswegen haben wir so die Probleme nicht.

Sehr wohl die Frage, wie gewinnen wir jüngere Menschen oder die breite Öffentlichkeit? Dazu haben wir eine Förderung bekommen vom Bundesjustizministerium für die Schöffenwahl. Hier sitzen ja Vertreter der Kommunen. Nicht wir suchen die Schöffen, die Justiz sucht die. Und der Leidtragende, will ich es jetzt mal nennen, das sind die Kommunen, die müssen alles dafür tun, geeignete Bewerber, geeignet ist ganz wichtig, und ausreichende Zahlen zu finden. Die müssen nämlich die doppelte Anzahl an Bewerbern aufstellen, die tatsächlich als Schöffen gebraucht werden. Das war in den Jahren zuvor, ich darf sagen, seit 2008 engagiere ich mich jetzt für dieses Amt, zu beobachten, dass es eben doch Kommunen gab, die sich damit nicht befasst haben. Und einigen Gebieten, Landkreisen, ist dann eben aufgefallen, wir haben nicht genug Bewerber, was können wir denn tun? Und wir haben dann Informationsveranstaltungen mit den Volkshochschulen durchgeführt, sodass wir jetzt resümierend sagen können, diese Förderung hat sehr gutgetan, wir haben viele Rückspiegelungen aus den Ministerien bekommen, dass diesmal genug Bewerber aufgestellt sind. Heißt also, wir brauchen dringend Öffentlichkeitsarbeit, mal eben ins Amtsblatt reinzuschreiben, Schöffen gesucht, reicht da nicht aus, das muss ich sagen. Es ist viel getan worden, wir haben die Kommunen unterstützt, angeschrieben, Landkreistag, Städtetag, haben die Hilfe angeboten und, wie gesagt, Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Punkt zwei, wie finden wir Jüngere? Da gibt es einen wichtigen Punkt, das ist die Amtszeit, die ja in den 70er Jahren ein Jahr war und, immer ausgeweitet wurde mit den Änderungen der Gesetze, derzeit bei fünf Jahren ist. Und in der letzten Schöffenwahl haben wir auch die Fragestellung derer, die sich beworben haben, aufgeworfen, wie finden Sie die Amtsdauer? Ich sag mal, es war schon verblüffend, dass sich viele Bundeswehrsoldaten gemeldet haben und gesagt haben, ich weiß, dass ich wegziehe, dann bin ich aber doch nicht mehr geeignet. Du kannst nur Schöffe werden in dem Wohnort, an diesem Amtsgericht musst du dich melden, weil die Bevölkerung dich ja kennen soll. Also dieser Schöffe soll gewählt werden. Wenn ich aber weiß, dass ich wegziehe, und das ist natürlich auch bei Jüngeren so, die noch nicht fest sind, vielleicht noch den



Arbeitgeber wechseln, weil sie studieren, ist die Länge, die fünf Jahre, ein echtes Problem. Da sollte man überlegen: „Aus fünf mach drei“, also wir als Bundesverband schlagen drei oder vier Jahre wieder vor. Ich glaube auch, dass das den Kommunen hilft, denn nach fünf Jahren sitzt da kein Bearbeiter mehr, der die Schöffenvwahl beim ersten Mal durchgeführt hat. Das heißt, da musst du ja auch noch mal schulen, um den Leuten das näher zu bringen, wie die Schöffenvwahl abläuft. Also die Amtsdauer ist ein ganz großer Punkt.

Zwei Dinge noch. Alter. Wir haben festgestellt, es wollen viele Jüngere und es wollen auch viele Ältere. Demografischer Wandel sei dahingestellt, ich habe in der Stellungnahme geschrieben, ich kann Bundeskanzler werden, aber kein Schöffe. Wie soll das denn gehen? Da kann man sich unterhalten. Derzeit finden wir das Alter, so wie es im Gesetz geregelt ist, in Ordnung.

Punkt zwei, die Bedrohung. Die Bedrohungslage ist bei uns auch etwas anders. Jetzt muss man sagen, wir haben das vor einigen Jahren schon mal kontrolliert. Wie ist das denn bei Strafgerichts- oder bei Zivilgerichtsbarkeiten? Da habe ich auch eine Stellungnahme ausgeführt. Die, die da sitzen bei Gericht, die wissen genau, dass sie was angestellt haben. Ich glaube, die Bedrohung ist nicht so groß, die wäre ja auch gleich zu den Berufsrichtern. Das ist eher im Zivilverfahren, da sind keine Schöffen dabei. Wenn es um Ehedelikte geht, wenn eine Ehe geschieden wird, es also, ich sage mal so, an die Substanz geht, Kinder und ich muss das Haus trennen etc., da sind die Hürden viel größer, die Gefahr viel größer, dass die Parteien dann Auseinandersetzungen haben, die kaum steuerbar sind, weil das ja emotional ist. Im Strafgericht haben wir das, ein Glück, nicht so weit, dass wir sagen, wir müssen die Schöffen oder die ehrenamtlichen Richter, bei den Fachgerichtsbarkeiten ist das noch weniger, noch mal zentral schützen.

Die nächste Frage. Anfeindungen war das eine, aber Sie haben in der Fragestellung die Verarbeitung aufgeworfen. Da ganz kurz, ich würde mir gerne eine psychologische Betreuung wünschen, oder die Schöffinnen und Schöffen. Denn, wenn

du aus einer schwierigen Situation herauskommst, ist das ein Thema, das bei den Kollegen aufstößt und wo die sagen, ich falle danach in ein Loch, ich kann natürlich nicht über das Verfahren reden, nicht in der Familie, nicht im Beruf etc. pp. Da müsste man noch eine Aufarbeitung bringen, die in die Psychologie geht.

Die anderen wesentlichen Themen habe ich beschrieben. Es gibt Korrekturbedarf an Gesetzen, das ist in der Stellungnahme beschrieben. Ansonsten wären das erstmal meine Ausführungen in acht Minuten.

Die **stellv. Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Dann steigen wir jetzt ein in die Fragerunde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es schon spontan Fragen? Herr Edelhäuser, ein My schneller, dann fängst du gleich an. Dann Herr Steffen.

Abg. **Ralph Edelhäuser** (CDU/CSU): Alles klar. Ich bitte, meine Stimme noch zu entschuldigen, ich bin mit dem Zug gefahren, da war es eben zügig im Zug. Oktoberfest, ich bin ja Franke, da geht man ja hin. Vielen Dank für die Stellungnahmen.

Zunächst an den Herrn Göbel. Ich war gerade im Stadtrat früher mit tätig. Sie haben Ihre Erfahrungen auch entsprechend dargebracht. Wie würden Sie das formulieren für eine moderne Heimatpolitik, was wäre denn der Schlüssel dafür? Wie würden Sie das so empfinden oder beschreiben? Wie sind die Herausforderungen, wenn es um das politische Ehrenamt geht, mit was sind Sie da am häufigsten konfrontiert worden in der Vergangenheit? Wo liegt es am ärgsten im Argen?

Und als Letztes, vielleicht ein Blick in die Zukunft. Was müssten wir als Politik, oder allgemein jede politische Ebene, tun, damit wir die Basis, das kommunalpolitische Ehrenamt und das Engagement, einfach wirklich attraktiver machen? Geld allein wird es nicht machen. Aber was wären die zwei, drei Punkte, wo Sie sagen, das wäre es jetzt? Und wenn wir das alle hinkriegen, dann laufen uns die Leute bei den Kommunalwahlen, in Bayern das nächste Mal im März 2026, die Hütte ein. Ich kann mir vorstellen, dass es bei Gemeinden,



egal welcher Größe, ob da jetzt 12 oder auch mehr Leute gesucht werden auf den Listen, auch für die vermeintlich großen Parteien, nicht immer einfach werden wird.

Die **stellv. Vorsitzende**: Danke schön, Herr Dr. Steffen.

Abg. **Dr. Till Steffen** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe zwei Fragen. Das eine ist im Anschluss an das, was Herr Höhne gesagt hat. Jetzt kann ich nicht so viel fragen, weil ich mit Herrn Höhne im engen Austausch bin. Wir beraten über die Änderung des deutschen Richtergesetzes auch gerade aktuell. Da gab es sehr viele Inputs tatsächlich auch vom Schöffinnenverband. Und da kann man sehr viel machen. Hier in diesem Kontext würde mich aber tatsächlich interessieren – meine Beobachtung ist, dass es sehr wenig Bewusstsein eigentlich auch für das Schöffinnenamt gibt. Wir hatten im letzten Durchgang tatsächlich eine etwas breitere Kampagne, die auch ganz gut funktioniert hat. Aber wir begegnen doch häufig Unkenntnis über die Frage, was kann man da eigentlich machen als Schöffin oder als Schöffe? Das würde mich interessieren, wie weit sich das einfügt. Findet das eigentlich statt im Rahmen von Engagementstrategie? Ich kann mir vorstellen, dass Leute, die sich eher offen fragen, wo könnte ich mich betätigen, nicht auf das Amt der Schöffin oder des Schöffen stoßen. Sind das so zwei Welten oder gibt es da irgendwie auch systematische Verknüpfungen? Das ist das eine.

Das andere hatte mich bei den wissenschaftlichen Auswertungen zu der Frage, wie gelingt es, dass sich Frauen engagieren, interessiert, weil ich selber jetzt beobachtet hatte, wie eine Maßnahme zumindest offenkundig relativ erfolgreich ist. Also wir hatten das selber, wir haben ja in meiner Partei Quoten für Listen. Aber das läuft natürlich dann leer, wenn sich keine Frauen bewerben, was auf der kommunalen Ebene dann schon mal sein kann. Und wir hatten vor allem die Beobachtung gemacht, dass weiter hinten auf der Liste dann eher nicht mehr so viele Frauen waren. Und wie das halt so ist beim kommunalpolitischen Mandat, Leute scheiden mal aus, also kommen die Nachrückerinnen und Nachrücker zum Zuge und

dann ist am Ende eine Fraktion relativ männlich. Wir haben dann gesagt, okay, dann müssen wir wohl was machen, und haben so ein Frauen-Empowerment-Programm aufgelegt, wo tatsächlich ein Jahr lang bevor die Listenaufstellung anstand, regelmäßig Fortbildungsveranstaltungen von Frauen für Frauen waren und am Beispiel und inhaltlich gelernt werden konnte. Und die Frage ist, ob es in der wissenschaftlichen Beobachtung im Hinblick auf diese Frage gezielte Vorbereitungen gibt, gerade auch unter dem Geschlechteraspekt, Forschung gibt?

Ich hätte so Populärurteile gegenüber Verhalten von Männern und Frauen, was Männer meinen zu brauchen, bevor sie kandidieren, und Frauen und so, aber das kann man ja vielleicht auch beforschen. Das würde mich interessieren, ob es da Erkenntnisse gibt, auch Handreichungen, die dann ja tatsächlich auch in anderen Kontexten helfen können, was das Thema Vorbereitung betrifft. Und Herr Höhne hat ja auch, das gehört ja auch ein bisschen dazu, die Frage, was muss man begleitend machen, damit Leute dann im Amt bleiben. Also gerade, wenn sie schwere Aufgaben übernehmen, das mag ja auch in anderen Kontexten eine Rolle spielen. Wenn ich jetzt etwa an Freiwillige Feuerwehr denke, die vielleicht auch mal Einsätze hat, die dann einen noch ein bisschen beschäftigen.

Die **stellv. Vorsitzende**: Frau Ruf.

Abg. **Nadine Ruf** (SPD): Auch von mir herzlich willkommen und herzlichen Dank für die Ausführungen. Die eine Frage brauche ich nicht mehr zu stellen, die wurde gerade von meinem Vorredner gestellt. Ich hätte eine Zusatzfrage zu der Frage Frauenbeteiligung.

Ich habe selber 20 Jahre Kommunalpolitik gemacht und wir stellen auch quotierte Listen auf. Ich habe in den letzten Wahlen festgestellt, dass manchmal Kumulieren und Panaschieren das ganz schön durcheinander würfeln kann, in der einen wie in der anderen Richtung. Ich weiß es jetzt nicht für ganz viele andere Städte, weil ich mich da ernsthafterweise nicht mit befasst habe. Aber wie kann man dem denn entgegenwirken,



dass eine quotierte Liste am Ende aber doch zu einem unquotierten Parlament führt. Wir haben das, glaube ich, in Wiesbaden relativ gut hinbekommen. Zumindest für die Parteien, die quotierte Listen aufstellen. Für die anderen kann ich natürlich nicht sprechen. Das ist das eine.

Die zweite Sache ist der ganze Bereich Kommunalpolitik. Ich habe es gerade gesagt, ich habe lange selber Kommunalpolitik gemacht. Was ich festgestellt habe, sind zwei Dinge, aus meiner Erfahrung. Ich weiß tatsächlich auch nicht, ob das überall so ist. Aber dass das Bürgerengagement, das ich ja eigentlich sehr schätze, teilweise zu sehr viel Frust führt, weil auch da die Gespräche, die Gesprächsgrundlagen oftmals nicht so sehr von Fakten geprägt sind, sondern es wird immer schwieriger, da auch miteinander ordentlich umzugehen. Das verlängert natürlich auch immer wieder Prozesse. Ich habe jetzt ein Beispiel. Es geht um Überlandleitungen. Die wollen aber lieber unterirdisch, das macht die ganze Sache sehr viel teurer. Da gibt es die einen, die sagen, Landschaftsschutz, die anderen sagen, ich muss es bezahlen. Diese Diskussion ist über einen Zeitraum ziemlich entglitten. Ich frage mich, wie kann man damit umgehen? Wie kann man tatsächlich Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich einzubringen? Aber wie kann man sicherstellen, dass das auf einer faktenbasierten Grundlage passiert? Wie kann man auch sicherstellen, dass das dann auch nicht den Prozess verlängert? Das ist das eine.

Und das andere ist eher der Umgang untereinander in den Parlamenten. Wir haben ja auch gerade eben was zu Fortbildungen gehört und wie man mit Anfeindungen von außen umgeht. Das ist vielleicht nur eine Anmerkung, weniger eine Frage. Ich würde mir manchmal auch wünschen, dass es so etwas wie eine Sensibilisierung gibt für die ehrenamtlich kommunalpolitisch Tätigen im Umgang miteinander, weil ich sehr häufig feststelle, dass der Umgang miteinander nicht sehr wertschätzend ist. Mein Lieblingsbeispiel ist, und das ist etwas im Kleinen, aber ich glaube, auch im Kleinen kann man viel verändern, wenn ich von politischen Konkurrenten rede. Ich rede nicht von politischer Konkurrenz oder von politischen Gegnern, sondern ich rede von politischen

Mitbewerbern. Das ist nur etwas ganz, ganz Kleines. Aber vielleicht kann man auch mal überlegen, wie man dieses Problem ein Stück weit angehen kann, weil wir ja alle durchaus Vorbilder sind.

Die stellv. Vorsitzende: Gut, das waren eine Menge Fragen. Dann machen wir eine erste Antwortrunde. So wie ich wahrgenommen habe, waren eigentlich alle adressiert, inklusive Herrn Dr. Steegmans. Wollen Sie dann gleich beginnen? Dann gehen wir einfach die Runde rum.

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Das wird ein trockenes Brötchen. Ich habe jetzt offen gestanden, nicht genau im Kopf, ob wir zu Schöffen was drin haben, spezifisch. Was wir drin haben, ist, dass wir tatsächlich sagen, zum freiwilligen Engagement und Ehrenamt gehört natürlich eben auch das Ehrenamt, nicht nur das Ehrenamt im Verein, das ja noch ansatzweise eben als Amt oder Funktion und nicht nur als Aktivismus oder Aktivität läuft. Aber wir haben natürlich jetzt deutlich weniger den kommunalen Bereich insgesamt mit in den Blick genommen, sondern eher diejenigen, die als, wie soll man sagen, bürgerschaftlich Engagierte in Vereinen, Initiativen, Hilfsorganisationen oder Ähnlichen tätig sind. Wir wissen, dass das sich gegenseitig ergänzt. Der Schwerpunkt liegt trotzdem auf dem größeren Bereich, den der Freiwilligensurvey ja auch aufweist. Von der Menge her sind einfach in den Vereinen und Ähnlichen deutlich mehr Aktive unterwegs als in den halbamtlichen Funktionen des Ehrenamtes, also Stichwort eben BMI. Trotzdem nennt sich die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt nicht grundlos so, weil das eben auch berücksichtigt wird. Aber teilweise braucht es da ganz, ganz andere Dinge als im restlichen Teil des zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements. Das muss man konstatieren. Das sind teilweise nicht dieselben Sachen.

Die stellv. Vorsitzende: Danke schön. Herr Göbel, setzen Sie fort?

Ralf Göbel (BMI): Ja, natürlich gerne. Da waren ja einige Fragen. Was kann man politisch tun? Das hängt natürlich sehr davon ab, auf welcher Ebene



wir uns bewegen. Wir haben auf Bundesebene relativ wenig Gesetzgebungsmöglichkeiten, die sich unmittelbar auf die Kommunen beziehen, aber wir können natürlich bei vielen Gesetzen kommunale Interessen mit berücksichtigen. Planungsbeschleunigung war eben gerade ein Thema. Die Frage, lasse ich die kommunalen Gremien vor, weil ich sage, die behindern mich nur in meiner Geschwindigkeit, oder nehme ich sie mit rein. Das ist ein politischer Zielkonflikt, der muss gelöst werden. Wie man ihn löst, ist eben Politik. Krankenhausreform ist ein ähnliches Thema, das an uns herangetragen wird. Was bedeutet das eigentlich für die Kommunen? Haben wir da noch ein Krankenhaus? Haben wir noch eine Versorgung?

Das heißt also, um es in großen Rahmen zu stellen, dass das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse eine deutliche Rolle bei den kommunalen Gebietskörperschaften und bei den kommunalen Verantwortlichen spielt, weil damit auch die Frage beantwortet wird, werde ich noch gesehen oder werde ich eigentlich nicht mehr gesehen? Bin ich in einer Region, die abgehängt ist oder in der ich mich abgehängt fühle? Das ist ein anderer Zustand als in einer Region, in der sozusagen prosperierende Wirtschaft ist, wo man ganz andere Themen generiert. Wie gesagt, wir können bundesgesetzlich relativ wenig dafür tun. Wir können die Interessen mit einbringen, was wir tun.

Die Länder selber, wir sind ja über die Innenministerkonferenz auch mit den Ländern über diese Dinge in Kontakt, glaube ich, haben zu deren Einschätzung in den letzten Jahren sehr vieles verändert in der Kommunalverfassung. Was es jetzt ermöglicht, die Sitzungen flexibler zu gestalten. Was es ermöglicht, auch an Sitzungen digital teilzunehmen, was für die Länder wieder eine Herausforderung ist und für die Kommunen, weil dann das Abstimmungsverhalten und das Wahlverhalten natürlich unter besonderen Bedingungen stattfindet und auch sichergestellt werden muss, dass derjenige, der teilnimmt, auch wählt. Also eine Reihe von Problemen, die drin sind. Ich glaube aber, dass diese Flexibilität, die man in die Kommunalverfassung reingebracht hat, schon ein ganz wichtiger Schritt in die Richtung sind, dass man, wenn man es auf der kommunalen Ebene will, das

ist die Voraussetzung, viel flexibler umgehen kann mit den Instrumenten, die man hat. Und wenn man es auf der kommunalen Ebene will, das ist eigentlich auch ein Thema, das uns vielfach beschäftigt, auch was das Thema Umgang miteinander betrifft, bieten wir natürlich Unterstützung an. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat Programme aufgelegt. Viele Träger sind da, die Programme aufgelegt haben. Wie gehe ich im Rat miteinander um? Wie mache ich die Wertschätzung? Wie tue ich das? Das setzt halt voraus, dass alle es auch wollen. Und wenn eine Gruppe dabei ist, die es nicht will und partout nichts tut, hat man natürlich das Problem vor Ort.

Die Themen Gewalt, Bedrohung. Das ist ein Thema, das nach meiner Wahrnehmung, nachdem ich mich schon ein paar Jahre damit beschäftige, eher das Thema auf der Gemeindeebene ist. Es ist weniger die Ebene des Landkreises, so auch der Deutsche Landkreistag. Und je höher Sie in der kommunalen Ebene kommen und Sie in die Bezirkstage gehen oder in die höheren Kommunalverbände, verschwindet dieses Phänomen plötzlich. Warum auch immer, keine Ahnung.

Es gibt eine ganze Menge von Bausteinen, die wir derzeit bearbeiten. Wir haben die Allianz für die Kommunen gegründet im Bundesinnenministerium. Wir haben alle eingeladen, die sozusagen Beiträge leisten können. Wir haben natürlich die kommunalen Spitzenverbände drin. Wir haben zum ersten Mal auch die kommunalpolitischen Vereinigungen der Parteien mit eingeladen, weil wir damit einen unmittelbareren Zugang zum Ehrenamt kriegen. Wir haben die Gruppe Junge Bürgermeister eingeladen. Eine Gruppe, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vertritt, die bis zum Alter von 40 sind, die die Interessen von dieser Seite nochmal einbringen. Und wir sind in vielen Bereichen dort mit den Leuten im Gespräch, um einfach herauszufinden, wo sind denn auch noch kleinere Stellschrauben, die wir bedienen müssen? Zum Beispiel gegenüber dem Bundesjustizministerium mal zu sagen, wie kann man in der Strafprozessordnung, wie kann man in den Richtlinien für Straf- und Bußgeldverfahren ein bisschen was machen, was die Themen erleichtert, wenn eine Anzeige gemacht wird, dass es eine Rückmeldung gibt? Es sind manchmal so



Kleinigkeiten, die uns vorgetragen werden, wo man dann sagt, okay, da können wir nochmal was tun, da kann man nochmal mehr arbeiten.

Thema quotierte Listen und unquotierter Rat. Da ist man, glaube ich, relativ machtlos. Also wenn ich mich für das Prinzip des Kumulierens und Panaschierens entscheide, dann muss ich das Ergebnis, was danach kommt, muss ich eben akzeptieren. Das ist halt dann schwierig, dann müsste man auf dieses Instrument verzichten.

Das Thema Bürgerbeteiligung ist eines, das uns auch immer wieder erreicht, dass auch Ratsmitglieder, ich will nicht sagen Beschwerde führen, aber zumindest kritisieren, dass vieles in die Bürgerbeteiligung und in die Bürgerentscheide sozusagen gehen soll und man sich die Frage stellt, warum bin ich ein Ratsmitglied, wenn ich am Ende dann doch nichts entscheiden darf? Es ist eine ganz große Palette von unterschiedlichen Bausteinen, die in die eine oder in die andere Richtung wirken. Wir versuchen, das alles ein bisschen aufzudröseln und zu gucken, wo können wir auf Bundesebene helfen, wo können wir die Länder adressieren und wo müssen wir sagen, ja gut, ist halt so.

Die **stellv. Vorsitzende**: Haben Sie eine Ergänzung, Herr Kober? Nein, dann gerne Frau Dr. Gatzemeier.

Dr. Ulrike Gatzemeier (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung): Ich würde gerne vor allem mich beziehen auf Ihre Frage, Frau Ruf. Zunächst zum Thema Engagement, inwiefern verändert sich auch das Engagement von Bürger*innen, und zur Frage, wie geht man auch als Kommune, Kommunalpolitik, Kommunalverwaltung um mit Bürger*innen, die vielleicht auch nicht mehr faktenbasiert argumentieren oder kann auch sein, dass bei Ihnen der Eindruck vorherrscht, man erreicht sie auch nicht mehr faktenbasiert.

Das Erste ist, zur Frage von Veränderung von Engagement gibt es einiges an Studien, die den Eindruck ein Stück weit bestätigen, dass Engagement kurzfristiger wird, beispielsweise wo es früher

eher institutionell und langfristig angelegt war, im Sinne von Ehrenamt, ist es jetzt sehr viel kurzfristiger und auch sehr viel anlassbezogener. Ich engagiere mich, wenn ich ein bestimmtes Thema sehe, das mich berührt, das meine Interessen berührt und wo ich vielleicht auch Lösungsideen habe oder bestimmte sich ankündigende Lösungen nicht gut finde, also themenbezogen, anlassbezogen. Das macht es natürlich für Kommunen unglaublich schwierig, da dann jeweils gerade zu einer Zeit, wo immer neue und immer schwerwiegendere Themen auf Kommunen zukommen, die auch wirklich eine ganz schöne Reichweite haben, die auch ein Stück weit eingreifen in das Leben von Bürger*innen oder so wahrgenommen werden, da immer wieder neu, mit immer wieder neuen Gruppierungen immer wieder anders in Kontakt zu treten. Das ist einfach eine große Herausforderung, wo in manchen Kommunen, ich glaube, das stimmt nicht überall, aber in manchen Kommunen die bisherigen gewachsenen Strukturen und die Instrumente und die Mechanismen, die wir eigentlich haben, nicht mehr reichen.

Einmal, weil Vielzahl einfach nicht schaffbar ist, zum anderen aber auch, weil die Instrumente, die man hat, beispielsweise Stadtrat oder irgendwelche Gremien, Arbeitskreise, wie auch immer, die Sachen vorbereiten sollen, Ausschüsse, von Bürger*innen gar nicht mehr als ihre Vertretung wahrgenommen werden. Und ich meine wahrgenommen wirklich im Wortsinne. Es ist manchmal überhaupt nicht präsent, dass es da ja was gibt, dass da nicht jemand irgendwo am Tisch entscheidet, sondern dass es da einen Prozess gibt, und dass ich da mal abgestimmt habe usw. Da gibt es vielleicht ein Stück weit auch eine Wissenslücke.

Aber ich würde mich anschließen, also wie gehen wir dann um mit diesen Forderungen von Bürger*innen? Wir sagen, dann machen wir Beteiligungen. Und Beteiligung hat, glaube ich, lange, und in Teilen auch zu Recht, so viel Schwung aufgenommen, das Beteiligungswesen, weil irgendwie klar war, dass wir auch Bürger*innen beteiligen möchten. Wir erleben das auch, ich würde sogar sagen, ausnahmslos in Kommunen, dass es einen Willen gibt, Bürger*innen zu beteiligen. Und dann aber gleichzeitig die Erfahrung, dass es nicht funktioniert hat. Wir haben das und das gemacht,



wir haben das und das versucht, und das ist uns, Zitat: „Um die Ohren geflogen“. Und ich möchte das auch nicht nochmal und fragen Sie lieber einen anderen Kollegen. Also wo dann auch Verwaltung, also die Ressource, die die Kommune hat, langsam bremst, anfängt zu bremsen, sich zurückzunehmen und so weiter. Und ich würde sagen, da gibt es vielleicht auch in der Beteiligungslandschaft manchmal ein bisschen eine Konfliktblindheit. Denn was wir wissen, ist, dass ich mich dann, als Konfliktpartei, als jemand, der sich da irgendwie involviert in den Konflikt, öffnen kann für eine andere Position und anfangen nachzudenken über eine andere Position und ein Stück weit auch meine eigene harte Position verflüssige, wenn ich den Eindruck hatte, dass ich gehört wurde. Also nicht nur, wenn ich sagen konnte, was ich denke, sondern wenn bei mir ankommt, und das hat die andere Seite verstanden, indem das aufgenommen wird, indem das manchmal wiederholt wird, da gibt es Techniken, wie auch immer. Und das ist nicht das klassische Beteiligungsverfahren. Und da, glaube ich, braucht es nochmal ein anderes Nachdenken darüber, wie gehe ich denn in solchen Situationen mit Bürger*innen um.

Und damit komme ich zu meinem zweiten Punkt, auch wenn ich schon ziemlich lange rede. Ich frage mich manchmal, ohne das wissenschaftlich unterfüttern zu können, ohne zu sagen, dass das Phänomen agiert, inwiefern dieses nicht mehr faktenbasiert Argumentieren Teil einer Eskalationsdynamik ist. Weil wir aus der Konfliktforschung wissen, dass Konflikte, die manchmal relativ klein und banal anfangen, wenn sie nicht gut bearbeitet werden in einem frühen Stadium, dazu neigen, dass erstens die Gegenstände massiv vereinfacht werden, immer einfacher und immer schwarz-weißer und gleichzeitig immer stärker personalisiert werden und immer stärker auch eskalieren, also in Drohstrategien münden oder in Abwertung einer Person usw.

Und da frage ich mich manchmal, inwiefern ist das nicht ein Zeichen davon, dass Bürger*innen jetzt anders ticken als vielleicht vor 30 Jahren, sondern ein Anzeichen für eine gewisse Eskalationsstufe, die das Ganze schon erreicht hat. Und da wäre mein Plädoyer, da gibt es keinen

Zauberstab, der für alle Kommunen gleich funktioniert, sondern dass man sich in der Kommune, in der das erlebt wird, sehr genau anguckt, was passiert hier eigentlich gerade, wer ist wie involviert und wie ist es dazu gekommen, was gab es vorher vielleicht schon für Erfahrungen, die das nochmal verstärken, und wie können wir da einen Schritt nach vorne machen.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Frauen, Hintergrundfragen, sage ich mal, die sich auf die Forschung bezogen, waren auch noch dabei. Frau Prof. Hessami, ich glaube, Sie waren da die Angesprochene.

Prof. Dr. Zohal Hessami (Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft): Richtig. Zunächst zu der Frage von Herrn Dr. Steffen. Es gibt verschiedene Wege, wie man dafür sorgen kann, dass der Frauenanteil in der Kommunalpolitik ansteigt. Ich habe vor allem darüber gesprochen, was man tun kann, damit die Frauen, die den ersten Schritt schon gemacht haben, die kandidiert haben, dass sie sozusagen dabei bleiben und in den folgenden Wahlperioden mitmachen. Die andere Möglichkeit ist natürlich, sozusagen von links mehr Kandidatinnen zu rekrutieren, also sozusagen dieses Empowerment-Programm, das Sie angesprochen haben. Es gibt Studien aus den USA, da ist mir zum Beispiel eine bekannt von Fox und Lawless, die zeigt, dass Männer viel häufiger von ihrem Umfeld, von ihrer Familie, von Parteikollegen, motiviert werden zu kandidieren. Das spielt durchaus eine Rolle, dass jemand zu einem kommt und sagt, hättest Du nicht mal Lust zu kandidieren? Vielleicht kommt man gerade als Frau nicht sofort auf diese Idee, oder ist da zögerlicher. Das heißt, diese Empowerment-Programme auf Basis dessen, was wir aus der Wissenschaft wissen, sind wahrscheinlich genauso wichtig wie die Frage, wie man die Frauen, die schon da sind, behalten kann.

Die zweite Frage, die an mich gerichtet war, ist die Frage, von der Abgeordneten der SPD. Kumulieren und Panaschieren? Das bringt alles durcheinander, was kann man da tun? Das ist natürlich auch der Sinn von Kumulieren und Panaschieren, dass der Wähler in der Lage ist, diese Reihung



auch zu verändern. Da würde ich einem meiner Vorredner zustimmen. Wenn man sich für dieses System entscheidet, kann man da nicht viel dagegen tun. Was ich sagen kann auf Basis von internationalen Metastudien, ist, dass solche personalisierten Wahlverfahren, wie offene Listen anstelle von geschlossenen Listen, Frauen schaden. Das ist eine Systemfrage. Ich weiß auch nicht, wie einfach das ist, in einem Bundesland das System zu ändern und zu geschlossenen Listen zu wechseln. Aber grundsätzlich kann man sagen, dass bei offenen Listen Frauen benachteiligt sind. Oder von den Wählern dann eben konkret nicht gewählt werden. Ob das dann am Geschlecht liegt oder an was anderem, kann man natürlich nicht sagen. Aber es ist natürlich deskriptiv ein Nachteil.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Höhne.

Andreas Höhne (Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter): Für mich bleibt das Bewusstsein, an den Herrn Steffen, war ja die Frage gerichtet, einen schönen Gruß, ja, wir sind im stetigen Austausch. Hätte ich das gewusst, dass Sie heute da sind, hätte ich mein Eingangsstatement um zwei Punkte erweitert, die Sie noch nicht kennen. Aber die Stellungnahme ist, glaube ich, nochmal entscheidend, wenn die bei den Grünen nochmal gelesen wird, wäre das ganz gut.

Und Herr Dr. Steegmans, es wäre ganz gut, wenn die Schöffen auch mitbedacht werden. Das muss gar nicht viel sein. Aber es ist ja genau das, worüber wir eingangs gesprochen haben. Das ist so eine Randgruppe, die eigentlich wenig bekannt ist, und darauf hinwirkend bewusst sein. Wir haben probiert, an den Schulen mal eine Veranstaltung zu machen mit den Direktor*innen. Es kamen einige auf uns zu in Thüringen, aber meistens in Bayern haben wir das jetzt dreimal durchgeführt, das Schöffenamtsamt dort näher zu bringen. Also es gibt mehrere Möglichkeiten, auch eben unterjährig. So habe ich es beschrieben, in der laufenden Periode über dieses Amt zu berichten. Und das kann man sicher über eine Infoveranstaltung tun, über die Volkshochschulen niederschwellig, dass die Leute sich informieren. Ich glaube, wenn die das lesen, dann ist das, glaube ich, schon eine große Hilfestellung. Denn so wie

ich eingangs sagte, alle fünf Jahre mal eine Werbung zu machen, reicht dafür eben nicht aus, dass die Bevölkerung das kennt. Wenn Sie rumgehen, selbst in Ihren Reihen, die Abgeordneten fragen würden, ich sage mal so, gäbe es bestimmt sicher noch fünf oder vielleicht zehn Prozent, die sagen, ja, das habe ich schon mal gehört. Aber so die Rechte und Pflichten, was da dranhängt, ist schon schwierig, sage ich jetzt mal. Also Bewusstsein, Öffentlichkeitsarbeit, finde ich da ganz wichtig. Danke.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir haben jetzt auf der Rednerliste erst hatte ich um das Wort gebeten, dann Herrn Gassner-Herz, Frau Pahlmann und Frau Fester. Angesichts der Zeit müssen wir uns, glaube ich, ein bisschen knapper fassen in Fragen und Antworten.

Abg. **Ariane Fäscher** (SPD): Ich hätte zunächst zwei kurze Ideen dazu. Ich glaube, auch wenn wir Kumulieren und Panaschieren, wir haben Studien, dass Männer tendenziell eher gewählt werden, weil ihnen immer noch im öffentlichen Raum mehr Kompetenzen zugetraut werden. Also gerade, wenn es eine Wahl ist für jemanden, den ich nicht kenne, dann werden tendenziell eher Männer gewählt. Wir werden da nur rauskommen, wenn wir am Ende auch einen paritätischen Einzug machen, unabhängig vom erreichten Listenplatz oder gewählten Platz.

Und das zweite Thema, wie sehr sind Schöffen auf dem Engagementradar? Ich glaube, es liegt so ein bisschen in der Natur der Sache, dass das nicht so ausgeprägt ist. Es ist sehr komplex. Es haben nicht sehr viele Menschen tatsächlich die Befähigung, also erfüllen den Kriterienkatalog gar nicht. Und das Engagement selber findet ja auch eher im Verborgenen statt. Ich darf ja gar nicht draußen rumlaufen und drüber reden. Und insofern weiß ich nicht, ob die große Werbung der richtige Weg im Vergleich zu einer eher direkten Ansprache ist. Was Sie ansprachen mit der Supervision oder der Möglichkeit, das Erlebte aufzuarbeiten, das wird uns aus ganz vielen Engagementfeldern gespiegelt, dass sich viele Engagierte mit den thematischen Dingen, die sie erleben, aber auch mit den Konflikten innerhalb der Reihen der



Engagierten und Frustrationen, schwer umgehen können. Das ist im kommunalen Bereich sicherlich so, aber auch in vielen anderen Engagementbereichen. Das ist ein Thema, das wir auf jeden Fall weiter betrachten sollten.

Ich hätte die Frage, welche Ursachen identifizieren Sie denn dafür, dass die Anfeindungen gegen Menschen, die ehrenamtlich Kommunalpolitik machen, so zugenommen haben? Was ist die Ursache dafür, dass es solche Konfliktverhärtungen, oder wie Sie es nannten, Frau Dr. Gatzemeier, eine Konflikt-Eskalationsstufe schon ist, dass diese Dialogräume gar nicht mehr da sind? Welche Art Dialograum braucht es denn, um wieder miteinander ins Gespräch zu kommen? Wir werden staatlich komplett überfordert sein, wenn wir nur noch betreutes kommunales Engagement machen können. Das werden wir nicht hinkriegen. Was ist die Ursache und welches Instrumentarium braucht es? Welche Räume braucht es denn auch dafür? Ich will auf einen ganz bestimmten Punkt hinaus. Inwieweit denken Sie denn auch, dass systematische Desinformation und Aufwiegelung darin eine Rolle spielt? Das wäre meine Frage.

Die **stellv. Vorsitzende**: Dann bitte, Herr Gassner-Herz.

Abg. **Martin Gassner-Herz** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich wollte noch mal daran erinnern und die Gelegenheit nutzen, dass für sehr viele Politik nicht so aussieht, wie für uns jetzt hier im Raum, sondern dass die meiste Politik eigentlich tatsächlich im Ehrenamt passiert und auch in Parteien sehr viel bürgerschaftliches Engagement stattfindet. Darüber haben wir hier noch selten gesprochen. Ich finde es schön, dass wir heute mal einen Anlass dazu haben, darüber zu sprechen und allen, die sich auch in der Politik für die Gemeinschaft einsetzen, Danke sagen. Das ist mir am Anfang ein Anliegen.

Ich habe zwei Fragen an Herrn Göbel. Wir sprechen immer wieder über Selbstwirksamkeitsräume und Möglichkeiten zur Selbstwirksamkeit. Das war, glaube ich, schon Ihr erster Satz, dass Sie sagen, Kommunalpolitiker möchten auch mitgestalten können und fühlen sich in dieser

Gestaltungsmöglichkeit immer mehr eingeschränkt. Meine Rückmeldung ist, dass es neben den tatsächlichen Einschränkungen von Kompetenzen auch faktische Einschränkungen gibt, durch irgendwelche Fördertopfgestaltungen, wo man dann einfach hört, wir würden es gern so und so machen. Aber wenn ich dann höre, dass wir eine dicke Kofinanzierung kriegen, wenn wir es in der suboptimalen Variante machen, dann machen wir halt doch die, und, dass das Frust auslöst. Wie adressieren Sie dieses Thema in den Bemühungen der Bundesregierung um Bürokratieabbau? Haben Sie eine Erkenntnis dazu? Das ist eine Klage, die ich von manchen Räten auch immer wieder höre. Das kann aber kommunalspezifisch sein. Darum würde es mich interessieren, ob Sie da ein breiteres Bild dazu haben. Die sagen, es gibt auch immer mehr einen Trend dazu, dass Verwaltungen mit Overkill einen Rat steuern, indem sie sagen, hier sind total viele Unterlagen, die nur noch ich als Vollprofi verstehen kann, und dann ein Rat gar nicht mehr in der Lage ist, unabhängige Abwägungen zu treffen, weil einfach die Ressourcen da ungleich verteilt sind.

Die **stellv. Vorsitzende**: Danke schön, Frau Pahlmann.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU): Recht herzlichen Dank für die Inputs und für die erhellenden Antworten schon mal und ich möchte schon mal vorweg, Frau Fäscher, Ihnen ein kleines bisschen widersprechen. Ich denke, gerade im kommunalen Bereich werden durchaus Frauen sehr gerne gewählt. Ich mache die Erfahrung, wenn wir Frauen aufgestellt haben für ein Kommunalparlament, die kommen in der Regel relativ gut durch, weil Frauen durch die Breite der Gebiete, die sie so beackern, auch Kompetenz in vielen verschiedenen Bereichen zugetraut wird. Nur das am Rande.

Aber ich habe eigentlich eine Frage an Frau Dr. Gatzemeier. Sie haben ja ein Institut. Die Frage ist jetzt, wie gehen Sie denn in Konfliktberatungen vor? Wenn jetzt eine Kommune an Sie herantritt und sie sagt, wir haben jetzt ein Problem, da soll jetzt eine Photovoltaikfläche ausgewiesen werden, die Bürger sind dagegen oder der Bürgermeister



will es unbedingt. Wie kommen Sie dann an die Kommune? Kommen Sie dahin? Wie lösen Sie diese Konflikte? Geben Sie Tipps aus der Ferne? Oder wie kann ich mir das vorstellen? Das ist meine Frage.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Und dann Frau Fester.

Abg. **Emilia Fester** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tatsächlich wollte ich diese Frage auch stellen, also wie konkret Ihre Arbeit stattfindet.

Ich habe aber auch noch meine Frage an alle nach sehr konkreten Maßnahmen, die wir hier im Bundestag beackern können. Wir sind ja ein Ausschuss des Bundestags. Es wäre sehr schön. Ich habe was zum Thema Demokratiefördergesetz gehört durch die Blume ein bisschen. Ich habe einige Forderungen von Herrn Höhne gehört. Aber vielleicht kann man das ja auch an manchen Stellen noch genauer auf den Punkt bringen. Vielleicht melde ich mich am Ende nochmal. Diese eine Frage wollte ich auf jeden Fall gestellt haben.

Die **stellv. Vorsitzende**: Wir fangen mal in umgekehrter Reihenfolge an. Herr Höhne.

Andreas Höhne (Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter): Der Katalog ist groß. Ich habe ja auch in der Stellungnahme etwas geschrieben. Vielleicht kann man das auch teilen. Ein Teil war ja durch die Justiz schon erledigt worden, ein Teil ist offen. Uns geht es um die Geschäftsstelle oder um die Ansprechstelle. Da würde ich darauf zurückgreifen, Frau Fäscher hat das jetzt auch noch mal erwähnt, dass das überall so ist. Auch bei uns, wenn du aus einem Konflikt rauskommst, brauchst du eine Supervision. Das fände ich ganz gut, wenn wir da irgendwie zu einem Ergebnis kommen, weil die Probleme häufen sich. Und ich kann mir das in der Kommunalpolitik genau so groß vorstellen. Uns ist sicher nicht alles bekannt. Das muss ich auch dazu sagen. Ich bin jetzt das erste Mal hier dabei und würde mich da auch nochmal informieren. Vielleicht hilft uns das in unserer Arbeit.

Und vielleicht ein kurzer Satz. Natürlich, ich will jetzt nicht Reklame machen, aber man sollte schon über das Schöffenamt reden. Sie dürfen nicht über das reden, was im Beratungszimmer geplaudert wird oder wo man sich bespricht. Aber ich meinte im Allgemeinen das Amt des Schöffen. Ich denke da, es gibt nämlich auch Ehrenamtliche hier bei Fachgerichtsbarkeiten, könnte man sehr wohl etwas für die Öffentlichkeit tun.

Die **stellv. Vorsitzende**: Frau Prof. Hessami.

Prof. Dr. Zohal Hessami (Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentliche Wirtschaft): Zu Ihrer Frage, Frau Fäscher, oder zu Ihrer Anmerkung, der paritätische Einzug, wenn ich das richtig verstanden habe, meinen Sie damit so etwas wie eine gesetzliche Quotierung? Also nicht diese freiwillige Quotierung, die manche Parteien sich selbst auferlegen? Das wäre natürlich ein sehr wirksames Werkzeug, um mehr Frauen in die Politik zu bekommen. Auch einfach, weil dann mehr Frauen motiviert wären, sich aufstellen zu lassen und sich mit dem Thema befassen würden, was vielleicht jetzt noch nicht der Fall ist.

Wir wissen natürlich auch aus Ländern, wo es diese Quoten gibt, Skandinavien, Frankreich etc., dass das erfolgreich war und dass das gewirkt hat. Interessant ist vielleicht auch in dem Zusammenhang, dass es mal eine Studie gab aus Indien, wo es auch so eine Quotierung gab. Und dann wurde die Quotierung abgeschafft. Und interessanterweise blieb der Frauenanteil recht hoch. Es ging wirklich darum, so etwas wie eine gläserne Decke, oder wie auch immer man das nennen will, einmalig sozusagen abzuschaffen über eine Quotierung, dass die Frauen sich eben zeigen konnten und man feststellen konnte, dass einem der Himmel nicht auf den Kopf fällt, wenn man mehr Frauen in der Politik hat. Und das kann also einfach eine temporäre Krücke auch sein.

Zu der Frage, die eben am Ende noch gestellt wurde, was kann der Bundestag tun? Vieles von dem, was ich angesprochen habe, die Sitzungen, die Uhrzeit der Sitzungen etc., das ist natürlich etwas, wo der Bundestag jetzt vielleicht nicht direkt



viel tun kann. Es wäre natürlich interessant, mal generell eine breitere Umfrage dazu zu haben. Ich glaube nämlich, dass die Frauen oft gar nicht gefragt werden, wann es ihnen besser passen würde, sondern da werden einfach alte Traditionen gepflegt. Ich weiß gar nicht, wie das ist mit der gesetzlichen Quote, ob da die Landtage dann gefragt werden, weil das ja landesspezifische Wahlrechte sind. Aber das wissen Sie natürlich viel besser.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich denke, es hat auch mit Mental Load einfach zu tun, dass Frauen das gesamte Leben organisieren. Und dann ist da als Teilfläche für Politik gar nicht so viel Platz in einem Leben, so wie es jetzt organisiert ist. Wir müssen in eine bessere Aufgabenteilung insgesamt kommen. Herr Göbel.

Ralf Göbel (BMI): Konkrete Maßnahmen auf Bundesebene, ich habe eingangs gesagt, dass wir relativ wenig Gestaltungsmöglichkeiten haben, was den unmittelbaren kommunalen Raum betrifft, weil wir einfach den zweigliedrigen Staatsaufbau haben und für uns gibt es eigentlich nur die Länder als Ansprechpartner. Wir haben natürlich jetzt auch in Ausführung des Koalitionsvertrags, wo ja auch ein neues Miteinander mit den Kommunen drinsteht, haben wir direkte Gesprächskanäle mit den Kommunen eröffnet. Wobei die Länder natürlich immer beteiligt sind. Man muss ja dann schon ein bisschen aufpassen, dass das alles irgendwie im ordentlichen Rahmen auch abläuft. Es läuft gut. Wir können mit den Kommunen direkt sprechen, die Länder sind dabei, also im Moment kann man sich nicht beschweren.

Zu den faktischen Einschränkungen durch entsprechende Förderprogramme. Zum einen haben wir dieses Mal in dieser Wahlperiode, glaube ich, zum ersten Mal überhaupt ein sehr großes Förderprogramm, das bei der BKM, aber auch bei BMEL und BMI läuft, das heißt *Aller.Land*. Da geht es um Kulturförderung, das diesmal so gestaltet ist, dass wir eine Förderperiode von fünf Jahren haben und dass wir den Eigenanteil auf 10 Prozent reduziert haben, auf maximal 10 Prozent. Das hat zweierlei Gründe. Ein Grund, ich komme früher selber aus der Kommunalverwaltung. Es gibt nichts Ärgerlicheres, als dass Sie ein

Bundesprogramm haben, das nach zwei Jahren ausläuft, vor Ort gut angelaufen ist, dann finanziert das Land noch ein Jahr mit und dann stehen Sie als Kreis oder Gemeinde da, das Programm ist vielleicht gut eingeschlagen, aber Sie haben kein Geld mehr, um das irgendwie weiterzuführen. Deswegen haben wir diesmal gesagt fünf Jahre. Damit können wir nachhaltige Strukturen schaffen. Und die Absenkung des Eigenmittelanteils auf 10 Prozent hat den Sinn, dass wir versuchen, damit auch in strukturschwache Regionen reinzukommen. Denn eine strukturschwache Gebietskörperschaft ist oft nicht in der Lage, bei größeren Programmen einen Eigenanteil von 20 oder 25 Prozent anzubieten. Wenn ich ein Programm habe, das auch strukturschwache Räume adressiert, dann muss ich in dem Programm auch berücksichtigen, dass die Eigenanteilsquote nach unten gefahren wird, sonst läuft das Programm komplett ins Leere. Es ist zum ersten Mal, dass wir seitens der Bundesregierung eine solche Kombination haben. Ich hoffe, sie wird gelingen. Also insoweit kommen wir auch den Regionen entgegen, bei denen also die monetäre Ausstattung schwierig ist.

Wir haben in dieser Wahlperiode auch das gesamtdeutsche Fördersystem nochmal in den Blick genommen. Wir hatten in der letzten Wahlperiode schon Fördervorschriften ein bisschen unter die Lupe genommen, auch sie daraufhin analysiert. Sind denn kommunale Gebietskörperschaften überhaupt in der Lage, das abzuliefern, was im Förderprogramm als Förderbedingungen manifestiert ist? Können die das mit der Manpower? Und sind dann doch zu vielen Ergebnissen gekommen, wo man sagt, man kann das Antragsverfahren erleichtern. Man kann bei den Anträgen auf den einen oder anderen Punkt auch verzichten und wir bauen das jetzt in das gesamtdeutsche Fördersystem ein unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz.

Zum bürokratischen Overkill in den Gemeinderäten kann ich relativ wenig sagen. Da fehlen mir die praktischen Erfahrungen. Ich kenne das noch aus meiner Gemeinderatstätigkeit. Wenn ein Krankenhaus verkauft wird an einen privaten Träger, dann haben Sie einen solchen Vertrag, den Sie als Ratsmitglied zu entscheiden haben. In anderen Dingen ist es anders. Ich kann es im Moment



nicht beurteilen. Hängt wahrscheinlich aber auch davon ab, wie die jeweilige Ratsverfassung ist und wie die rechtlichen Verhältnisse in der Kommune drin sind. Aber da können wir relativ wenig drantun.

Ein Letztes, Desinformation kann ich nur sagen, ja, es gibt es. Aber, wenn man da mal ein bisschen die Lampe mehr reinhalten will, dann würde ich darum bitten, dass wir das irgendwann an einem anderen Termin machen. Dann müssten die Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Desinformation beschäftigen, und wir haben da ja eine eigene Einheit gebildet im Bundesinnenministerium, die könnten dann gerne mal drüber berichten, welche Erkenntnisse denn vorliegen, was an Desinformation auf kommunaler Ebene stattfindet.

Die **stellv. Vorsitzende**: Danke schön. Frau Dr. Gatzemeier.

Dr. Ulrike Gatzemeier (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung): Danke. Zunächst zur nicht ganz kleinen Frage nach den Ursachen. Ich finde es unheimlich schwer zu beantworten, weil ich glaube, dass es sehr unterschiedliche Faktoren sind, die im Moment zusammenkommen.

Ein erster Faktor ist für mich die Ursache dafür, dass sich vielleicht Konfliktgeschehen, nicht nur das Konfliktgeschehen, aber auch Konfliktgeschehen, das sich auch in Anfeindungen zum Beispiel auswirkt. Eine Ursache ist, würde ich sagen, die Zunahme von Themen oder von Transformationsprozessen, so hat das Herr Göbel vorhin genannt, die wir als Gesellschaft im Moment verarbeiten müssen. Und auch nicht wir, sondern das sind globale Megatrends, die sich da letztlich einfach nur durchschlagen, und, wo ich aber den Eindruck habe, dass davon sehr viel durch Mitwirkung der Kommunen bewältigt wird und bewältigt werden muss. Vielleicht auch mehr als früher, das weiß ich nicht, da will ich mich nicht aus dem Fenster lehnen. Auf jeden Fall ist das im Moment ein Thema. Und dadurch natürlich plötzlich globale Themen ganz anders vor Ort in der, ich sage jetzt mal, alltäglichen Lebenswelt von Bürgerinnen und Bürgern deutlich werden.

Das könnte ein Thema sein, wenn man an internationale Krisen denkt oder wenn man an Klimawandel denkt, selbst wenn man an Gemeindegebietsreformen denkt, das ist der Versuch zu modernisieren, zu verschlanken, in Zeiten, wo man über Digitalisierung Prozesse vielleicht auch schlanker gestalten kann. Das sind Sachen, die mit und in Kommunen umgesetzt werden müssen und damit automatisch Bürger*innen in ihrer Lebenswelt berühren. Und das macht was vor Ort. Und das wäre vielleicht ein Faktor.

Ein zweiter Faktor könnte sein, dass in unterschiedlichen Regionen vielleicht eine unterschiedliche Tradition besteht, sich mit Anliegen, die man hat in der Kommune, beispielsweise auf den Weg der Kommunalpolitik zu machen. Dass es da vielleicht auch etwas sich verändert hat, auch ein Vertrauen in diese Institution sich verändert hat.

Eine These ist ja auch, dass es eigentlich ein gutes Zeichen ist, weil Bürger*innen mittlerweile selbstbewusster werden, mitreden möchten, es ihnen nicht reicht, dass jemand sie repräsentiert, sondern dass sie selbst ihre Stimme reingeben. Das könnten alle Faktoren sein, aber ich glaube, das ist ein sehr, sehr großes Thema, was sehr spannend wäre, das mal zu beleuchten.

Das zweite, was wäre ein Instrumentarium, um damit umzugehen? Ich habe das vorhin im Vortrag angedeutet, würde es aber gerne nochmal stark machen. Kommunen können mit Konflikten umgehen. Das können die. Die machen das alltäglich in allen möglichen Konstellationen. Vom Stadtrat bis zur Arbeitsgruppe, bis zum Ausschuss. Das Gespräch mit den Bürgern, Bürgerversammlungen, der Besuch beim Verein usw. Überall wird ständig über Konflikte und unterschiedliche Interessen gesprochen. Es gibt Möglichkeiten, das in Kontakt zu verhandeln. Gleichzeitig habe ich das Gefühl, dass diese Mechanismen an ihre Grenzen kommen und dass es da eine Veränderung braucht. Ein Gefühl, was mir zum Teil auch von kommunalen Akteuren gespiegelt wird.



Ein erster Schritt, den ich wichtig fände, ist, dass erst mal eine Sensibilität dafür besteht, dass das, was man da beobachtet, ein Konflikt ist. Eine Sensibilität dafür und die Bereitschaft, das als Konflikt zu benennen, und zwar von politischen Entscheidungsträger*innen in den Kommunen. Also, dass es gar nicht so sehr darum geht, dass das jetzt irgendwie vielleicht – um mal einen kommunalen Vertreter zu zitieren: „Mit Bürger*innen ist es immer ganz schwierig, die schimpfen doch immer nur.“ Dann sind wir mit dem ins Gespräch gegangen, naja, aber wer schimpft, der will ja auch was. Was will der denn? In dem Moment denke ich über das Ganze als Konflikt nach und nicht als irgendwie ein Prozess, der gerade mir jetzt irgendwie nicht so richtig in meine Arbeit passt.

Das zu benennen und anzusprechen, das war in den letzten Jahren immer sehr schwierig, weil Kommunalvertreter*innen zum Teil die Sorge haben, etwas als Konflikt zu benennen, der bearbeitet werden muss, glaube ich, dass ihnen das als Scheitern ausgelegt wird, weil sie ja dafür zuständig sind, dass es irgendwie Harmonie gibt und alles gut läuft. Das hat sich verändert, würde ich sagen. Wir erleben mittlerweile eine sehr viel größere Bereitschaft, auch über Konflikte als Konflikte zu sprechen, und sich damit dann auch auseinanderzusetzen. Wir erleben im Moment auch, dass Kommunen sehr viele innovative Formate auf den Weg bringen, zum Teil aus der Not geboren, zum Teil durch eine professionelle Begleitung. Da entwickeln sich zum Teil sehr tolle, sehr kreative, sehr wirksame Dinge. Es ist sehr spannend, das zu beobachten.

Zum Instrumentarium als Drittes. Ich bin jetzt ein bisschen in der Zwickmühle. Ich will nicht, dass das als Eigenwerbung wirkt, aber es ist keine Eigenwerbung. Wir wissen aus der Konfliktforschung seit Langem, dass bei Konflikten, die einen bestimmten Eskalationsgrad überschritten haben, eine externe Begleitung wichtig ist. Dass es für Konfliktparteien ab einem bestimmten Punkt sehr schwierig wird, sich selbst wieder daraus zu befreien, aus ihrer Dynamik von, wer ist eigentlich schuld und wer hat eigentlich eine legitime Position und wer nicht. Und eine externe Begleitung, die selbst nicht verstrickt ist in dem Konflikt, die aber vielleicht auch ein bestimmtes Wissen

darüber mitbringt, was sind denn typische Konfliktodynamiken, an welchen Stellen können wir wie eingreifen. Für mich ist es Teil eines Instrumentariums, dass es solche Angebote und diese Kompetenzen gibt. Ohne zu sagen, dass jede Kommune das jederzeit nur begleitet braucht. Aber es muss die Möglichkeit geben, und das ist auch etwas, das vielleicht das Eingangszitat, das ich mitgebracht habe, sehr deutlich zeigt: Es muss die Möglichkeit geben, dass Kommunen wissen, wo sie sich hinwenden können und wer ihnen diese kompetente Unterstützung geben kann.

Damit komme ich zu der Frage, was kann hier eigentlich getan werden? Also wie gesagt, mit Blick auf die aktuellen Transformationsprozesse wäre mein erster Gedanke dazu, dass, wenn Programme zu Transformationsprozessen aufgelegt werden, dass Konflikt mitgedacht wird. Also, dass Maßnahmen zur Unterstützung von Kommunen nicht nur auf logistischer und technischer Ebene gedacht werden, im Sinne von Ressourcen, sondern auch, okay, was braucht ihr, um mit den Konflikten, die dabei wahrscheinlich aufkommen, weil das normal ist, dass dabei Konflikte aufkommen, das ist auch eigentlich erstmal gar nicht schlimm, damit gut umgehen zu können. Das wäre mein erster Gedanke.

Und mein zweiter Gedanke, da wo ich vorhin etwas abgekürzt habe – wir beschäftigen uns damit schon sehr lange, wie kann man Konflikte da, wie kann man Kommunen da unterstützen? Wir selbst als Institution haben ganz unterschiedliche Förderbeziehungen da. Wir haben aber mit wirklich sehr großer Freude wahrgenommen, dass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sich für die nächste Förderperiode die konstruktive allparteiliche Bearbeitung von Konflikten mit reingeschrieben hat. Uns freut das, weil wir das aus fachlicher, nicht weil wir dann irgendwie davon profitieren, das tun wir vielleicht auch, aber weil wir das aus fachlicher Perspektive wichtig und sehr, sehr notwendig finden. Es gibt Organisationen in Deutschland, die sich da auf den Weg gemacht haben in den letzten Jahren und sich professionalisieren, die aber natürlich eine Unterstützung brauchen, um sich weiterzuentwickeln und wirklich ein Angebot geben zu können. Da ist dieses Programm für mich im Moment, wenn ich die



Förderlandschaft angucke, wo können Kommunen sich Unterstützung holen, einzigartig. Und da wäre eben mein Gedanke, wirklich darauf zu achten, dass dieses Programm auch das, was es sich vorgenommen hat, das Angebot an Kommunen, da auch gut gewährleisten kann in den nächsten Jahren, im Plural, weil es Jahre dauern wird.

Die **stellv. Vorsitzende**: Sie waren noch nach dem konkreten Ablauf und To Do befragt. Ich würde aber gerne, wenn wir über Ursachen sprechen, Herrn Kober vorher nochmal fragen, ob es da Ergänzungen gibt von seiner Seite.

Marcus Kober (Starke Stelle): Ja, vielen Dank. Im Hinblick auf die Ursachen, das ist ein Thema, das uns auch sehr beschäftigt. Denn wer Prävention betreibt, der sollte sich über die Ursachen Gedanken machen. Ich würde vollkommen beipflichten, erstens, dass es komplex ist und, dass wir da in verschiedenen Transformationsprozessen stecken, die aus unterschiedlichsten Professionen auch beschrieben werden. Es wird von Triggerpunkten berichtet. Es gibt eine Mitte-Studie, die Einstellungsänderungen beschreibt, etc. pp., ein ganzes Spektrum, das aus unterschiedlichen Disziplinen auf diese Veränderungsprozesse guckt.

Und trotzdem, glaube ich, dass wir da noch ganz viele blinde Flecken haben, gerade wenn es um dieses Anfeindungs-geschehen geht. Es gibt Autoritätsverluste staatlicher Institutionen und staatlicher Akteure. Das könnte noch mit erklären, warum plötzlich auch Politikerinnen und Politiker so in den Fokus geraten. Aber spätestens dann, wenn es um Feuerwehr- oder Rettungssanitäter geht, die im Einsatz behindert werden, kommen Komponenten rein, die mit diesen Modellen zumindest noch nicht hinlänglich beschrieben sind. Und, ich glaube, letztendlich diese verschiedenen Erklärungsansätze, die müssten noch in viel stärkerem Maße miteinander, aufeinander bezogen werden, um da zeitdiagnostisch zu beschreiben, was da alles an Einflussfaktoren drinstecken könnte. Ich glaube, das sind jetzt im Moment, auch weil diese Zeit so turbulent ist, aus professioneller Perspektive so unterschiedliche Spots, die versuchen, Teilbereiche zu erklären, die aber gerade, was das Anfeindungs-geschehen angeht,

glaube ich, noch nicht den Punkt treffen, sondern da besteht einfach noch Forschungsbedarf. Da muss man, glaube ich, noch mal genauer hingucken.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Ganz gerne Frau Dr. Gatzemeier noch mal.

Dr. Ulrike Gatzemeier (Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung): Ja, das ist natürlich ein Thema, über das ich sehr gerne rede, deswegen muss ich ein bisschen aufpassen.

Unser konkretes Vorgehen, die kommunale Konfliktberatung – es gibt viele Methoden, viele Herangehensweisen für kommunale Konflikte, die ganz unterschiedliche Bedarfe adressieren. Diese Vielfalt ist auch wichtig. Unsere Herangehensweise ist eine – so drei Schlagworte sind systemisch, allparteilich und extern. Und das bedeutet, dass wir in Konfliktsituationen angefragt werden von Kommunen, oder die erfahren von uns, und dann kommt ein Kontakt zustande und es gibt erste Gespräche. Was ist denn das Thema vor Ort, macht das überhaupt Sinn gerade für sie, brauchen sie vielleicht eigentlich was anderes?

Und dann ist unsere Aufgabe als externe Berater*innen mit einer Expertise in Konflikten, die Akteure vor Ort, und das ist Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Konstellationen, je nachdem, wie das in der Kommune aussieht, dabei zu begleiten, dass sie selbst verstehen, was eigentlich die Situation ist, dass sie verstehen, wer ist hier wie involviert, wer muss vielleicht noch mit an den Tisch. Dass sie im nächsten Schritt auch durch das Verständnis von den unterschiedlichen Positionen, die es gibt und davon, wo die eigentlich herkommen und was die Logik dahinter ist, einen Perspektivwechsel vollziehen können und dadurch in die Lage versetzt werden, gemeinsam neue Strategien zu entwickeln. Also vielleicht, sich anzuschauen, was machen wir denn schon und warum funktioniert es denn nicht und was können wir denn anders machen.



Wir werden oft von Kommunen gefragt, die in einem bestimmten Konflikt oder in irgendein Thema schon sehr viele Ressourcen reingesteckt haben und recht frustriert sind, weil sie sagen, irgendwie kommen wir nicht vorwärts, irgendwie verändert sich das Problem gar nicht und da ist eben unser Angebot, mit einem externen Blick nochmal mit drauf zu gucken. Und ganz praktisch bedeutet das, dass wir eine bestimmte Analysemethode haben, die die sehr unterschiedlichen Faktoren im Konflikt erstmal sichtbar und bearbeitbar macht. Wir arbeiten als Prozessbegleiter*innen. Das heißt, wie muss so ein Prozess aussehen, wann muss wer, wie, in welchem Format, wovüber miteinander reden. Wir sind aber sehr stark darauf bedacht, dass wir ein Stück weit im Hintergrund bleiben. Also dass die Kommune oder die kommunalen Akteure selber diejenigen sind, die ihre Lösungen formulieren, die dafür Verantwortung übernehmen und auch für die Umsetzung Verantwortung übernehmen. Das sind Prozesse, die dauern. Also wir haben ganz kurzfristige Beratungen, das kann schon mal zwei, drei Wochen dauern., Aber normalerweise kann so ein kommunaler Konfliktberatungsprozess zwei bis drei Jahre dann schon mal dauern.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Noch eine Nachfrage?

Abg. **Petra Nicolaisen** (CDU/CSU): Ich würde gerne einmal reagieren auf die Aussage von Herrn Göbel zur Förderung. Es ist ja sehr löblich, dass man die Förderkulisse auf fünf Jahre ausdehnt. Damit ist, glaube ich, jede Kommune auch einverstanden. Was mir aber trotzdem Sorge bereitet, ist die hohe Förderquote von 90 Prozent. Die erscheint ja erst einmal wirklich attraktiv. Sie ist ja auch attraktiv. Aber wenn diese Kommune die 10 Prozent oder den zehnprozentigen Eigenanteil nicht erbringen kann, und die Kommune bringt ein Konzept auf den Weg, was ja eigentlich auch fortgeführt werden soll, dann mache ich mir natürlich Gedanken, wie wird nachher nach fünf Jahren dieses Konzept, dieses Projekt weitergeführt? Muss es dann eingestampft werden, sage ich mal ganz lax, und es wird nicht weitergeführt? Deswegen macht mir das schon Sorge, diese hohe Förderquote. Also entweder eine niedrigere Förderquote oder eigentlich noch viel besser, wir

statten die Kommunen so aus, also auf eine ganz andere Art und Weise, das ist jetzt auch eine Situation, darüber müssen die Länder oder der Bund oder eine neue Föderalismuskommission vielleicht sprechen, dass sie Geld zur Verfügung haben, um solche Projekte auf den Weg zu bringen. Mir geht es da um die freie Finanzspitze, die die Kommune hat, weil die ja in vielen Kommunen nicht mehr vorhanden ist, um sowas auf den Weg zu bringen. Da müssen wir uns vielleicht mal generell Gedanken machen, das Ganze auf andere Beine zu stellen. Es ist absolut attraktiv, 90 Prozent Förderung, aber es geht um das Fortführen des Projektes dann auch. Wichtig, finde ich.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen Dank. Können Sie darauf reagieren?

Ralf Göbel (BMI): Ja, kann ich gerne. Ich hatte eingangs gesagt, dass die Kommunen unter Druck sind, weil die freien Finanzspitzen einfach fehlen. Das ist nun bundesweit im Grunde ein Befund, den man in jedem Bundesland mehr oder weniger haben kann. Wir würden es auch gerne irgendwie ändern, aber als Bund können wir es eben nicht. Das Finanzministerium hat vor kurzem eine Konferenz gemacht, auch mit den kommunalen Spitzenverbänden und Wissenschaftlern, um nochmal Möglichkeiten – aber es ist eben so, dass die Möglichkeiten, die es gibt, seit vielen Jahren auf dem Tisch liegen.

Am Ende sind es die Länder, die im Rahmen ihrer Finanzausgleichsgesetze irgendwie für die Finanzausstattung der Kommunen sorgen müssen. Einen Fortschritt haben die Länder gemacht, indem Sie die Konnexitätsregeln eingeführt haben, worüber es aber auch wieder Streit gibt zwischen den Kommunen und den Ländern. Was ist denn Konnexität? Wo tritt sie ein? Wir haben sie Gott sei Dank, sage ich jetzt Gott sei Dank, beim Bund jetzt nicht. Das würde die Gesetzgebung im Bundestag dann auch nochmal beeinträchtigen oder jedenfalls erheblich erschweren. Aber, ich glaube, man wird über kurz oder lang dieses strukturelle Problem der mangelhaften Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften lösen müssen. Sonst bricht uns das weg, was wir als Wurzel der Demokratie bezeichnen, nämlich das



eigenständige Gestalten, das In-die-Hand-nehmen durch diejenigen, die in diesem Lebensraum sind, und das eigenverantwortliche Gestalten. Wie es am Ende sein wird, ich habe da keine Ahnung.

Was dieses Förderprogramm betrifft: Es kommt im Grunde sehr gut an bei den Betroffenen. Sie können auch diese 10 Prozent über Drittmittel finanzieren. Es gibt da nochmal Bewegung und Möglichkeiten, wie man das machen kann. Wir haben es jetzt einfach mal ausprobiert, um ein bisschen zu gucken, wie können wir auch diejenigen mitnehmen, die eben sonst immer hinten runterfallen, weil sie die Eigenanteile nicht leisten können. Wir schauen jetzt mal. Lassen wir die fünf Jahre rumgehen. Dann haben wir wieder eine neue Zeit. Vielleicht sieht es ja dann auch ganz anders aus, also insoweit Prinzip Hoffnung.

Die **stellv. Vorsitzende**: Was die kommunalen Finanzen angeht und auch die Finanzierung von Engagement auf der kommunalen Ebene, da träumen wir hier miteinander von einer kommunalen Pflichtaufgabe, die man finanziell dann natürlich adäquat untersetzen muss. Das ist ganz klar. Wir träumen da von einer Drittellösung Bund-Länder-Wirtschaft und mit einer Pro-Kopf-Pauschale. Also Ideen haben wir reichlich. Jetzt brauchen wir nur noch Geld.

Ich würde das letzte Wort jetzt gerne nochmal Herrn Steegmans dazu geben abschließend. Und dann müssen wir abbinden.

Dr. Christoph Steegmans (BMFSFJ): Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe vielleicht etwas ganz Positives, was nicht so defizitär ist. Wir haben das Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“. Das ist 2014, 2015 gestartet und in der ersten Förderperiode haben die Kommunen da auch Geld bekommen. Ab der zweiten Förderperiode ist es abgeschmolzen. Wir sind jetzt noch weiter, dass im Prinzip die Kommunen nur noch Expertise kriegen. Aber das Irre ist, dass es die Kommunen in der ganz, ganz großen Mehrheit geschafft haben, die Gelder, die wir vorher durch das Programm reingegeben haben, selber in ihren Haushalten zu haben. Gut, ich gebe gerne zu, wir reden über kleine Summen. Aber es war die Akzeptanz da. Es ist praktisch

keiner ausgestiegen mit der Begründung, ich habe das Geld nicht, sondern die haben alle erkannt, dass die Kosten-Nutzen-Ratio so groß ist, dass es richtig war, dieses Geld im kommunalen Haushalt zu finden. Das stößt da an seine Grenzen, wo wirklich gar kein Euro da ist. Wenn es aber nur um eine Priorisierung geht, dann bieten solche Programme tatsächlich den Anreiz, zu begreifen, dass da was geht. Das hat uns sehr zuversichtlich gestimmt.

Und dann habe ich noch als allerletztes: Ich habe nachgeschaut in der Arbeitsfassung der Engagementstrategie, aber das wird hundertprozentig kein strittiges Thema gewesen sein, Schöffinnen und Schöffen stehen drin. Und zwar nach jetzigem Stand auf Seite 2, also vorne. Und dementsprechend hoffe ich, dass ich Ihnen damit eine kleine Freude bereiten kann zum Feierabend.

Die **stellv. Vorsitzende**: Vielen herzlichen Dank. Wir müssen leider zum Schluss kommen. Die Zeit läuft uns weg. Inhaltlich könnten wir sicherlich noch eine Stunde diskutieren. Vielen herzlichen Dank an Sie alle, dass Sie Ihre Expertise mit uns geteilt haben. Wir stehen natürlich auch weiterhin für Inputs über den Tag hinaus, wenn es jetzt weiter arbeitet in Ihnen und Sie unbedingt noch was loswerden müssen, jederzeit gerne zur Verfügung. Dass Sie sich die Zeit genommen haben und unsere Diskussion bereichert haben, ist wirklich ein hohes Maß auch an Wertschätzung für unsere Arbeit. Vielen Dank dafür. Dann schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.




Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Die stellv. Vorsitzende: Wir kommen zu Verschiedenes. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das sehe ich nicht. Dann schließe ich den Tagesordnungspunkt, freue mich, dass Sie alle da waren, wünsche einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 18:28 Uhr


Ariane Fäscher, MdB
Vorsitzende



Verweise auf Stellungnahmen der Sachverständigen als Anlagenkonvolut

Andreas Höhne

Bundesverband der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter

UA-Drs. 20/052

Marcus Kober

Ansprechstelle zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger
(Starke Stelle)

UA-Drs. 20/053

UA-Drs. 20/054

Dr. Ulrike Gatzemeier

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

UA-Drs. 20/055